

(A) **Beginn: 10.02 Uhr**

**Präsident Ulrich Schmidt:** Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich zu unserer heutigen 24. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Ich begrüÙe auch unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Meine Damen und Herren, für die heutige Sitzung haben sich 17 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, der Herr Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom 14. März 1996 die **Haushaltssatzung 1996 des Landesverbandes Lippe** sowie Durchschriften des Genehmigungserlasses des Innenministers hierzu übersandt. Gemäß § 9 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 bitte ich um **Kenntnisnahme**. Die Unterlagen können im Archiv eingesehen werden.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat beantragt, den **Tagesordnungspunkt 3 der morgigen Sitzung** - Benennung eines Mitglieds sowie eines stellvertretenden Mitglieds für den KongreÙ der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) beim Europarat - nach § 39 unserer Geschäftsordnung von der Tagesordnung abzusetzen. Da die SPD-Fraktion den als Drucksache 12/771 angekündigten Antrag auch noch nicht vorgelegt hat, fehlt auch die Beratungsgrundlage. Ich frage Sie, ob Sie mit der Absetzung einverstanden sind. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist der Tagesordnungspunkt 3 für morgen **gestrichen**. Im übrigen bleibt die Nummerierung der anderen Tagesordnungspunkte bestehen.

Meine Damen und Herren, es gibt einen weiteren Änderungsantrag zur Tagesordnung der morgigen Sitzung, dem in der heutigen Ältestenratssitzung, die vor Beginn dieser Plenarsitzung stattgefunden hat, einvernehmlich zugestimmt wurde. Die Fraktion der CDU zieht ihren Antrag, **morgen eine Aktuelle Stunde** zum Thema "Flughafen Köln/Bonn" durchzuführen, zurück und möchte statt dessen eine Aktuelle Stunde zum Thema "**Ausschreitungen kurdischer Extremisten in Nordrhein-Westfalen - Geschehnisse und Konsequenzen**" durchführen. Nach § 39 der Geschäftsordnung frage ich Sie, ob Sie mit dieser Änderung einverstanden sind. - Ich höre keinen Widerspruch; dann kann so verfahren werden.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

(C)

Ich rufe auf:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/400

Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 12/690

BeschluÙempfehlungen und Berichte  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
zur zweiten Lesung  
Drucksachen 12/800 bis 12/816

BeschluÙempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
zur dritten Lesung  
Drucksache 12/850

dritte Lesung

in Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1995 bis 1999**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung  
zur Beratung  
Drucksache 12/401

BeschluÙempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 12/851

und

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften**

(D)

(B)

(Präsident Schmidt)

- (A)      Gesetzentwurf  
          der Landesregierung  
          Drucksache 12/402
- Ergänzung  
          der Landesregierung  
          Drucksache 12/690
- Beschlussempfehlung und Bericht  
          des Haushalts- und Finanzausschusses  
          zur zweiten Lesung  
          Drucksache 12/817
- Beschlussempfehlung und Bericht  
          des Haushalts- und Finanzausschusses  
          zur dritten Lesung  
          Drucksache 12/852
- dritte Lesung

Meine Damen und Herren, ich verweise auf den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/840**, Stichwort: Stellenplan im Justizvollzugsdienst.

Ich verweise ferner auf den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/818 - Stichwort: Landeszentrum für Zuwanderung - sowie auf den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/820, Stichwort: Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Die Abstimmungen über diese Entschließungsanträge erfolgen nach der Verabschiedung des Haushalts.

- (B)      Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile zunächst dem Kollegen Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

(Beifall bei der CDU - Lachen und Oho!-Rufe bei der SPD)

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land Nordrhein-Westfalen steht vor einem der schwierigsten Jahre in der Nachkriegsgeschichte:

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine katastrophale Finanzsituation.

(Lachen des Ministers Schleißer)

Der Schuldenstand hat mittlerweile die Rekordmarke von 130 Milliarden DM überschritten. Jede Minute muß Nordrhein-Westfalen 16 000 DM Schuldzinsen zahlen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine katastrophale Arbeitsmarktsituation. Die Zahl der Menschen ohne Arbeit ist mit fast 850 000 so hoch wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes. Jeder Zweite in Nordrhein-Westfalen bangt um seinen Arbeitsplatz.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine dramatische wirtschaftliche Entwicklung, in der sich die Unternehmen einem immer schnelleren Strukturwandel, einem immer schärfer werdenden internationalen Standortwettbewerb und einem zunehmenden globalen Innovationsdruck stellen müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen eine beängstigende Zunahme von Gewalt, vor allem durch Jugendliche und internationale Banden. Auch die Gewalthäufigkeit an unseren Schulen nimmt erschreckend zu.

Und zu all dem haben wir eine rot-grüne Landesregierung, die streitet statt zu regieren,

(Beifall bei der CDU)

eine rot-grüne Landesregierung, die sich ausschließlich mit ihren Widersprüchen beschäftigt, statt die Probleme des Landes zu lösen,

(Erneut Beifall bei der CDU)

eine rot-grüne Landesregierung, die Unsicherheit auslöst, statt Vertrauen zu schaffen.

(Erneut Beifall bei der CDU)

Bereits vor einem halben Jahr hat der Wirtschaftsminister höchstpersönlich die Verunsicherung der Wirtschaft klar erkannt. "Wir haben" - so Clement wörtlich - "Unsicherheit ausgelöst, auch bei den Investoren. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen!"

Nur, Herr Wirtschaftsminister, ich frage Sie: Wie wollen Sie Vertrauen zurückgewinnen, wenn sich leibhaftige Minister allen Ernstes stundenlang mit der Frage beschäftigen, ob man Landesmittel für die Modernisierung einer Abflughalle investieren darf, ob es sinnvoll ist, ein Automobilwerk mit einem 2 200 m langen Teilstück an ein Autobahnnetz anzuschließen? Darf es sein, daß derartige Entscheidungen davon abhängen, ob ein paar Mitglieder der GRÜNEN vor Ort - wie beispielsweise in Bochum oder Dortmund - solchen Plänen zustimmen?

(Beifall bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Die Autobahn kommt nicht nach Dortmund!)

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Nun wollen ja die GRÜNEN nach ihrem Landesparteitag einen "Neuanfang" mit der SPD machen. Das heißt: Die ganze Quälerei beginnt von vorne!

(Beifall bei der CDU)

Die beiden ungleichen Partner in dieser rot-grünen Mißsehe wollen sich vor der Scheidung noch den Luxus eines für unser Land zeitraubenden und kostspieligen Trennungsjahres leisten.

Schlimm genug ist, daß Jutta Ditfurth erklärt, die GRÜNEN seien für Geld und vermeintlichen politischen Einfluß käuflich, sie würden dafür heute fast alles tun.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Genauso schlimm ist, daß sich die SPD mit den GRÜNEN eingelassen hat. Noch schlimmer ist, daß die SPD dies getan hat, obwohl ihr schon vor Bildung der Koalition mit den GRÜNEN deren absurde Politikvorstellungen bekannt waren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, am schlimmsten aber ist, daß nun das rot-grüne Debakel für unser Land weitergehen soll. In grundsätzlichen Fragen der Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik gleichen die GRÜNEN immer noch Abenteurern, die sich über die Wirkung ihres Tuns auf die Unternehmen und damit auf die Arbeitsplätze kaum Gedanken machen.

- (B) Wir alle wissen: Ein Koalitionsvertrag mag noch so ausgefuchst konstruiert und durch Formelkompromisse flexibilisiert sein, aber wenn es - wie bei der Wirtschafts-, Verkehrs- oder Energiepolitik - zur Sache geht, dann trennen SPD und GRÜNE in Nordrhein-Westfalen jedenfalls Welten.

Meine Damen und Herren, ich halte die SPD für koalitionsfähig - nur nicht mit einer Partei, die in einem Industrieland nicht regierungsfähig ist.

(Beifall bei der CDU)

Denn GRÜNE Symbolprojekte ersetzen keine Arbeitsplätze, sie verunsichern vielmehr Investoren und gefährden damit Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Umweltministerin Höhn sagt: "Das Problem der Koalition ist, daß sie keine positive Ausstrahlung hat", ist dies eher eine Verharmlosung des Problems, das unser Land mit dieser Koalition hat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Minister Clement meint, die rot-grünen Koalitionsgegner könnten diesen - so hat er wörtlich gesagt - "Widerspruch abarbeiten, überwinden und dann doch vielleicht zu einer gemeinsamen Linie kommen", unterschätzt er die negative Ausstrahlung dieser unseligen Allianz und den Schaden, den unser Land bis heute schon durch die rot-grüne Verunsicherung genommen hat.

(C)

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Kollege Matthiesen hat das schon deutlich erkannt. Er erwartet für Nordrhein-Westfalen, daß 1996 aufgrund des dramatischen Abbaus von Industriearbeitsplätzen zum Schicksalsjahr für unser Land wird. Auch ich sehe das so: Wenn es nicht gelingt, den Stellenabbau zu stoppen, dann drohen dramatische Auswirkungen bis hin zum Verlust der sozialen Stabilität.

Seit 1992 sind in Nordrhein-Westfalen fast 400 000 Industriearbeitsplätze verlorengegangen. Noch sind in den Unternehmen unseres Landes etwa 7,3 Millionen Menschen tätig. Aber wenn wir in unserem Land die Eine-Million-Grenze an Arbeitslosen überschreiten sollten, dann käme etwas ins Rutschen, das mit grünen Blockaden am allerwenigsten aufzufangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Als der Wirtschaftsminister zum erstenmal eingestanden hat, daß die rot-grüne Konfusion Unsicherheit in der Wirtschaft auslöst, da ging es um das heute noch ungelöste Problem des Braunkohlelitagebaus Garzweiler II.

(D)

Dies ist allerdings nur eines von vielen Problemen, die Sie im rot-grünen Koalitionsvertrag mit Formelkompromissen zugekleistert haben. Die Probleme des Landes sind mit Verbalakrobatik nicht zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Im "Stern" vom 14. März 1996, also von voriger Woche, lese ich, daß der Wirtschaftsminister zum wiederholten Male erklärt hat - diesmal im Grevenbroicher Rathaus -, die SPD halte am Aufschluß von Garzweiler II unbedingt fest. Herr Clement will, so wörtlich, "Garzweiler II nicht sterben lassen". Der Wirtschaftsminister unseres Landes wird mit den Worten zitiert:

"Dafür, daß das Genehmigungsverfahren 1998 seinen Abschluß findet, stehe ich persönlich ein", verspricht er und bittet um Verständnis, daß er dies anschließend vor der

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Presse nicht so deutlich sagen wird. 'Ich kann ja nicht jede Woche einen Koalitionsstreit vom Zaun brechen.'

(Beifall bei der CDU - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Sehr gut!)

-Auf einer Tagung in Königswinter erklärt der Herr Wirtschaftsminister, er würde für Garzweiler II mit dem grünen Koalitionspartner jede Kraftprobe durchstehen. Die grüne Kabinettskollegin Frau Höhn reist hingegen durch die Lande und behauptet: "Garzweiler II kommt nicht", und dafür werde sie auch ihrerseits persönlich einstehen. Und Ihrer Basis erklärt die öko-fundamentalistische Umweltministerin,

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Oh!)

sie werde ihren Ministerkollegen Clement schon "weichklopfen".

(Ministerin Bärbel Höhn: Nein, das war ich nicht! Da wissen Sie!)

Nicht nur ich frage mich: Was gilt denn nun? Wer steht denn diese Kraftprobe durch? Klar ist doch nur eines: Diese Kraftproben, meine Damen und Herren, gehen an die Substanz des Landes.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Drohungen statt Einigung gehören zum Alltag der rot-grünen Koalition. Und auch wenn Herr Clement mit den Worten abzuwiegeln versucht, es werde immer wieder zu Interpretationsdiskussionen kommen, das finde er auch nicht so tragisch, so muß ich ihn aufklären; denn dieser Kampf um die rote oder grüne Deutungshoheit ist tragisch - tragisch für unser Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Mit verlässlicher Politik hat dieses Trauerspiel schon lange nichts mehr zu tun. Und irgendwo gibt es dann ja noch einen Ministerpräsidenten,

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

dem die Zügel offensichtlich immer mehr entgleiten, einen Ministerpräsidenten, der die Nähe zur Realität irgendwie verloren

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

hat und zum Koalitionsvertrag tatsächlich heute noch behauptet, es gäbe klare Absprachen.

(Beifall und Lachen bei der CDU - Heiterkeit des Ministerpräsidenten Dr. Johannes Rau und der Ministerin Bärbel Höhn sowie Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Wie klar die Absprachen sind, haben wir am Theater der letzten acht Monate gesehen, Herr Ministerpräsident:

(Beifall bei der CDU)

Im sonst der SPD ja nicht gerade unfreundlich gesonnenen "Express" lese ich folgende Empfehlung an Sie, Herr Ministerpräsident:

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau: Habe ich gelesen!)

"Hauen Sie - auch wenn dies nicht Ihre Art ist - endlich auf den Tisch, oder aber ziehen Sie die Konsequenzen."

(Beifall bei der CDU)

"Als Chef einer rot-grünen Chaosgruppe jedenfalls, die dabei ist, ihre eigene und vor allem die wirtschaftliche Zukunft des Landes zu verspielen, müßten Sie sich eigentlich zu schade sein."

So weit der "Express". Dem ist nichts hinzuzufügen.

Die rot-grünen Spielchen dieser Chaoskoalition sind immer die gleichen. Die Spielregeln sind ganz einfach. Sagt ein Grüner etwas gegen Bio- und Gentechnik, gegen Flugverkehr oder Autoverkehr, gegen Chlorchemie oder eben auch gegen Garzweiler II, so beteuert im Gegenzug der sozialdemokratische "Koalitionsfeind" - so muß man ja wohl schon sagen - genau das Gegenteil und umgekehrt.

Da droht Umweltministerin Höhn von den GRÜNEN mit Öko-Abgaben, und Wirtschaftsminister Clement von der SPD beeilt sich zu erklären, deren Einführung sei wegen der ohnehin hohen Belastung von Unternehmen und Arbeitnehmern für ihn nicht vorstellbar.

Tatsache ist, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wenn die Unternehmen im Ausland produzieren, dann gibt es auch keine Ökosteuereinnahmen mehr. Da schimpfen die GRÜNEN über den angeblich umweltschädlichen Kunststoff PVC, und die GRÜNEN-Minister Vesper und Höhn machen sich für das Verbot der PVC- und Chlorchemie stark. SPD-Minister Clement hingegen schließt am anderen Tag ein Verbot der Chlorchemie und ein PVC-Verbot aus. SPD-Fraktionsvorsitzender Matthiesen schreibt dann einen Beruhigungsbrief an die Unternehmensleitungen und die Betriebsräte der Chemischen Industrie: Die Erklärung der GRÜNEN entspreche nicht der Koalitionsvereinbarung mit der SPD und sei deshalb nicht Auffassung der Landesregierung.

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Da fragt man sich doch, meine Damen und Herren: Wer gehört denn nun zur Landesregierung? Gehören die GRÜNEN-Minister etwa nicht zur Landesregierung? Hat man sie beide, Frau Höhn und Herrn Vesper, etwa nur kooptiert? Haben sie überhaupt ein Stimmrecht im Kabinett?

(Beifall und Lachen bei der CDU)

Doch zurück zum Problem! Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wissen Sie eigentlich, daß die Chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen mit 180 000 Beschäftigten und über 90 Milliarden DM Umsatz die wirtschaftliche Nummer 1 in unserem Lande ist? Wissen Sie eigentlich, daß 50 % der deutschen PVC-Erzeugnisse in Nordrhein-Westfalen gefertigt werden und daß in den 700 kunststoffverarbeitenden Unternehmen 75 000 Menschen beschäftigt sind? Wissen Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, daß mehr als ein Drittel dieser Arbeitsplätze im Zeitraum von 1984 bis 1991 entstanden sind? Wissen Sie, daß jede vierte kunststoffverarbeitende Maschine, die in Deutschland hergestellt wird, aus Nordrhein-Westfalen kommt? Wissen Sie eigentlich, daß die deutsche Maschinenindustrie insgesamt ein Drittel des Weltbedarfs an Kunststoffmaschinen deckt und damit seit Jahren einen führenden Platz in der Welt vor Italien und Japan behauptet?

- (B) (Manfred Kuhmichel [CDU]: Nichts wissen sie!)

Ist den GRÜNEN überhaupt klar, daß ein Ausstieg aus der Chlorchemie nicht den Anfang einer neuen umweltfreundlichen Chemie, sondern aller Voraussicht nach das Ende der Großchemie in Nordrhein-Westfalen bedeuten würde?

(Beifall bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, setzen mit Ihrer Forderung nach einem Verbot der PVC- und Chlorchemie leichtfertig über 100.000 Arbeitsplätze aufs Spiel.

(Beifall bei der CDU - Ministerin Bärbel Höhn: Quatsch!)

Eins steht fest: Die nordrhein-westfälischen GRÜNEN sind nicht nur Umfallerpartei Nummer 1, sie sind auch Arbeitsplatzvernichter Nummer 1 in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Höhn, denken Sie nur an Ihre unselige Diskussion bei Bayer Leverkusen im Oktober vorigen Jahres, wo Sie ein Verbot der Chlorchemie, die

- (C) Einführung von Ökosteuern und die Anhebung des Benzinpreises auf fünf Mark gefordert haben.

(Ministerin Bärbel Höhn: Vielleicht hätten Sie einmal dabeisein sollen!)

Dazu hat Ihnen der Bayer-Vorstand sehr ernsthaft gesagt:

"Sie haben es nicht schwer, die Leute zu verunsichern. Aber es ist verdammt schwer, diese Unsicherheit mit wissenschaftlichen Argumenten wieder aus der Welt zu schaffen!"

(Beifall bei der CDU)

Die GRÜNEN, meine Damen und Herren, müssen doch langsam auch lernen, daß Wirtschaft zu 50 % Psychologie ist, daß Unternehmen und die Arbeitsplätze in diesen Unternehmen sehr sensibel sind. Und wenn die Standortqualität nicht stimmt, dann sind die ruck-zuck im Ausland. Wichtig ist also die absolute Berechenbarkeit dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

(D) Die GRÜNEN betreiben die permanente Verunsicherung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft, obwohl sie wissen müßten, daß unser Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen 15 Jahren gerade einmal halb so stark ausfiel wie im Rest der Republik. Die GRÜNEN tun dies in dem Wissen, daß wir eine inzwischen um 10 % geringere Wirtschaftsleistung pro Kopf als in den anderen westdeutschen Bundesländern und demzufolge eine deutlich über dem Bundesschnitt liegende Arbeitslosenquote haben. Hier klappt auch nicht mehr das beliebte Schwarze-Peter-Spiel in Richtung Bonn; denn diese Misere ist hausgemacht. Diese Landesregierung muß ihre Hausaufgaben schon selber erledigen.

(Beifall bei der CDU)

Und die Wirtschaft, meine Damen und Herren, erwartet zu Recht, daß die Hausaufgaben vernünftig und berechenbar gemacht werden.

Schon droht der Chemieriese Bayer, wenn SPD-Chef Oskar Lafontaine seine Wirtschaftspolitik im Schulterschuß mit den GRÜNEN durchsetzen wolle, dann denke Bayer daran, Deutschland zu verlassen. Wenn dies so ist, dann leisten die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen mit ihrem Probeauf für Bonn den Beginn einer erfolgreichen Arbeitsplatzvernichtungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Läßt es Sie von den GRÜNEN eigentlich kalt, wenn der internationale Ford-Chef erklärt:

"Aus der Entfernung ist nicht zu erkennen, daß sich die Deutschen darüber im klaren sind, wie unattraktiv ihr Standort für arbeitsplatzschaffende Investitionen ist."

(Roland Appel [GRÜNE]: So ein Blödsinn. Das wissen Sie doch!)

Auf längere Sicht sei es inakzeptabel, daß die Herstellungskosten eines Fiesta in Köln 1 000 DM höher seien als im spanischen Schwesterwerk Valencia.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Kapital fließt in einer Marktwirtschaft nun einmal dorthin, wo es die besten Renditen und die stabilsten Verhältnisse gibt. Generell ist bei internationalen Investoren das deutsche Kostenniveau ein ganz großes Thema. Deshalb empfehle ich den GRÜNEN dringend: Hören Sie auf, die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen weiter zu verunsichern!

(Beifall bei der CDU)

(B) Das Hickhack um Garzweiler II, das Gerede um Öko-Abgaben und die Verunsicherung der Chemieindustrie sind nur drei Beispiele, die stellvertretend für viele nur eines bewirken, nämlich daß sie das Investitionsklima in Nordrhein-Westfalen ungemein beeinträchtigen.

Die unterschiedlichen öffentlichen Äußerungen von rot-grünen Kabinettsmitgliedern zu für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen existentiellen Fragen machen diese Landesregierung unglaubwürdig und verunsichern Unternehmer wie Arbeitnehmer.

(Beifall bei der CDU)

In Königswinter hat der Vorstandsvorsitzende der RWE Energie AG vorige Woche Herrn Minister Clement noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Landesregierung Zweifel an der Planungssicherheit für Garzweiler II nicht zerstreuen könne. Es sind gerade die rot-grünen Widersprüchlichkeiten und Gegensätzlichkeiten, meine Damen und Herren, die die Innovationskraft unserer Unternehmen hemmen.

Natürlich möchten wir alle, daß unsere Energieerzeugung zu einem großen Teil auf regenerativen Energien beruht und daß das Sparen zu einer wirksamen Energiequelle wird. Aber wir sind nicht solche Illusionisten wie die GRÜNEN, die glauben, sie könnten über kurz oder lang die fossilen

Brennstoffe bei uns abschaffen. Das geht nicht, und das müssen Sie langsam aber sicher einsehen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Die allgemeine rot-grüne Verunsicherung in Nordrhein-Westfalen muß schleunigst beendet werden, Herr Ministerpräsident. Sie sollten hier und heute erklären, daß die gesamte Landesregierung den Ausbau von Garzweiler II will und dem Vorhaben keine weiteren Steine in den Weg legt. Ansonsten hängt das rot-grüne Damoklesschwert weiter über 40 000 Arbeitsplätzen im Braunkohlentagebau und über einem Investitionsprogramm von 25 Milliarden DM.

Wenn Sie, Frau Höhn, und die GRÜNEN glauben, den Braunkohletagebau totprüfen zu müssen, oder der Überzeugung sind, mit dem Ausbau von Fahrradwegen die Modernisierung internationaler Flughäfen überflüssig machen zu können, dann haben Sie die Realitäten immer noch nicht wahrgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Die rot-grüne Wirtschaftsbilanz ist katastrophal. Die GRÜNEN erweisen sich als wahre Jobkiller. Wenn Mitglieder der GRÜNEN-Fraktion - darunter auch die wirtschaftspolitische Sprecherin der Landtagsgrünen - in einem Brief an die Frachtflugunternehmer am Flughafen Köln/Bonn wörtlich mit "Demonstrationen und Widerstand" drohen, dann muß man sich doch nicht wundern, wenn das weltweit größte Frachtflugunternehmen TNT seine Europazentrale vom Flughafen Köln/Bonn nach Lüttich verlegt und nach Belgien 600 Arbeitsplätze mitnimmt. (D)

Die Nachricht über diese Unternehmensverlagerung, meine Damen und Herren, war eine Hiobsbotschaft für Nordrhein-Westfalen und die Kölner Region. Dort gibt es fast 14 % Arbeitslose, von denen rund 60 % ohne abgeschlossene Ausbildung sind. Auch an diese Menschen müssen wir denken, wenn wir über den Frachtumschlag am Flughafen Köln/Bonn diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Schon mit dem Weggang der israelischen Frachtfluggesellschaft CAL fehlten auf einen Schlag 200 Jobs in Köln/Bonn. Jetzt fehlen mit dem Weggang von TNT schon wieder 600 Jobs. Weit mehr als 10 000 Menschen leben direkt oder indirekt vom Flughafen Köln/Bonn.

Das Schlimmste ist, daß die Verunsicherungsstrategie der GRÜNEN eine Sogwirkung entfaltet.

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Denn nun sorgt sich auch das Frachtflugunternehmen UPS mit rund 1 100 Beschäftigten um seinen Standort, denn UPS will expandieren und erheblich investieren. Ich kann verstehen, wenn die Geschäftsführung von UPS deutlich fordert: "Wir brauchen kurzfristig eine klare Aussage, daß die von uns allein für 1996 geplanten Investitionen von 25 Millionen Mark nicht in den Sand gesetzt werden. Wir brauchen Planungssicherheit!" So die verständliche Forderung des Unternehmens.

Doch wie reagieren die GRÜNEN darauf? Die Kölner GRÜNEN sprechen von "Schaumschlägerei". Solange kein neuer Standort genannt werde, seien dies "vagabundierende Erpressungsstrategien". Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wer so mit investitionswilligen Unternehmen umspringt, der verwirkt jeden Anspruch auf Seriosität und wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund finde ich es gut, richtig und wichtig, daß die CDU- und SPD-Ratsfraktionen in Köln ein einstimmiges Votum zur Nachtflugregelung am Köln/Bonner Flughafen abgegeben haben.

(Zuruf von der SPD: Und Frau Opladen?)

- (B) Es ist damit gelungen, einen bedeutenden Standortvorteil der Region für die Wirtschaft zu bewahren.

Ich erkläre hier ausdrücklich für die CDU-Landtagsfraktion, daß wir selbstverständlich bereit sind, den Landesverkehrsminister in dieser Frage zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Wie CDU und SPD in Köln glauben wir - auch nach Auswertung unseres Landtagshearings -, daß die Lärmobergrenze von 75 Dezibel nur als Zielvorstellung formuliert werden kann. Für Kapitel-III - Flugzeuge, die nicht in der Bonusliste erfaßt sind, müssen wir Übergangsregelungen finden. Des weiteren haben die Investoren auch über das Jahr 2002 hinaus ein Anrecht auf Planungssicherheit.

Wir halten es als CDU auch für notwendig, am Schienenanschluß des Köln/Bonner Flughafens festzuhalten.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet nicht nur rund 16 000 zusätzliche Arbeitsplätze, sondern es ist auch ökologisch richtig. Wenn die GRÜNEN nun ebenfalls noch

- (C) gegen diesen Schienenanschluß sind, der die Straßen entlastet und zudem die Kurzflüge minimiert, dann ist das für mich rational wirklich nicht mehr nachvollziehbar, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

1000 neue Arbeitsplätze bekommen wir, wenn die Start- und Landebahn des Flughafens Dortmund von 1 050 auf 2 000 Meter verlängert wird. Denn nur dann kann sich die Fluggesellschaft "Eurowings" dafür entscheiden, ihren Firmensitz endgültig von Nürnberg nach Dortmund zu verlegen und hier den Europaverkehr auszubauen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung muß auch diese Pläne unterstützen und nicht nur 20 Millionen Mark zur Verbesserung der Infrastruktur des Flughafens bereitstellen. Sie muß auch das Planfeststellungsverfahren für die Verlängerung der Landebahn zügig durchführen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wie erklären Sie den Nürnbergern den Wegfall der Arbeitsplätze?)

Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur für das Geschäftszentrum im Osten des Reviers wichtig, sondern entlastet auch die A 40, die Autobahn nach Düsseldorf.

- (D) Ich finde es höchst bedauerlich, daß es diese Landesregierung - abweichend vom in der vorigen Legislaturperiode beschlossenen gültigen Luftverkehrskonzept - auf Druck der GRÜNEN abgelehnt hat, sich am Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück zu beteiligen.

Hier hat im übrigen der Ministerpräsident nicht Wort gehalten. Herr Ministerpräsident, Sie hatten noch bei der Eröffnung des neuen Flughafenterminals am Flughafen Münster die Unterstützung der Landesregierung beim weiteren Ausbau zugesagt.

(Beifall des Herbert Reul [CDU])

Dieses Versprechen ist nun Makulatur. Es gab einmal einen Ministerpräsidenten, zu dessen Lieblingsprüchen gehörte: "Gebrochene Versprechen sind gesprochene Verbrechen."

(Hört, hört! und Beifall bei der CDU)

Durch die verweigerte Ausbauhilfe wird die wirtschaftliche Fortentwicklung des Münsterlandes empfindlich gestört. Arbeitsplätze, die direkt vom Ausbau abhängen, können nicht geschaffen werden. Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher von dieser Landesregierung die Einhaltung der ursprünglichen Zusage.

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Flughäfen, meine Damen und Herren, sind Lebensadern unserer modernen Industriegesellschaft. Wenn Nordrhein-Westfalen sich als Exportregion behaupten will, müssen wir den Anschluß an die internationalen Wirtschaftszentren halten. Ich frage Sie: Welche Exportindustrie siedelt sich wegen eines Radwegenetzes in Nordrhein-Westfalen an?

(Beifall bei der CDU)

So schön, wie das ja ist!

(Lothar Hegemann [CDU]: Mit Gangschaltung!)

Die Folgen rot-grüner Verunsicherung sind für das industrielle Kernland Nordrhein-Westfalen langfristig und verheerend. Der Versuch der SPD, den von ihr verschleppten Strukturwandel mit Hilfe der GRÜNEN nachzuholen - also gerade mit denen, die mit modernen Technologien nichts am Hut haben -, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die nordrhein-westfälischen GRÜNEN sind geprägt von einer Verteilungsmentalität, die völlig außer acht läßt, daß erst produziert werden muß, was dann zu verteilen ist.

(Zurufe von der CDU: So ist es! - Gisela Nacken [GRÜNE]: Das hätten Sie gern!)

- (B) Sie von der SPD-Fraktion hätten übrigens auch applaudieren können,

(Ministerin Bärbel Höhn: Es hat keiner applaudiert!)

denn das war Originalton Fraktionsvorsitzender Matthiesen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Herr Matthiesen, Sie sind mit den GRÜNEN einen Koalitionsvertrag eingegangen, obwohl Sie noch wenige Wochen zuvor völlig zutreffend festgestellt hatten:

"Die GRÜNEN kämpfen gegen jede vernünftige Technologie, die uns hilft, ökologische Probleme zu lösen. Die GRÜNEN ruhnieren auf diese Weise unsere Industriegesellschaft systematisch, zumindest bringen sie sie an den Rand ihrer Glaubwürdigkeit und technologischen Weiterentwicklung."

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Quatsch!)

Wer, meine Damen und Herren, mit einer solchen Partei einen Koalitionsvertrag schließt, der muß

sich doch von vornherein darüber im klaren sein, daß er damit für unser Land den Rückschritt in Kauf nimmt. (C)

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Matthiesen, selber als Maßstab festlegen: "Der Erfolg der rot-grünen Landesregierung steht und fällt mit jedem gesicherten neuen Arbeitsplatz", dann bedeutet dies für die Koalition: Der Mißerfolg ist programmiert - zum Schaden der Menschen in unserem Land!

(Beifall bei der CDU)

Kaum ein Tag, meine Damen und Herren, vergeht ohne neue Krisenmeldungen aus unserer Region. Nach dem neuesten Bericht der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank zur Lage des Mittelstandes trägt sich bereits jeder zehnte mittelständische Betrieb in Nordrhein-Westfalen mit Abwanderungsgedanken und zieht eine Betriebsverlagerung in die neuen Bundesländer oder nach Mittel- und Osteuropa in Betracht.

Dabei fehlen uns in Nordrhein-Westfalen allein 23 000 mittelständische Existenzen, die rund 180 000 Arbeitsplätze bereitstellen könnten. In dieser Situation drohen jetzt auch noch rund 60 000 kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen abzuwandern. (D)

So hat die Firma Thermconcept aus Emsdetten, die PVC-Rohre herstellt, dieser Landesregierung bereits schriftlich mitgeteilt, daß sich ihr Hauptzulieferant zugunsten Antwerpens und gegen Nordrhein-Westfalen als Standort für ein Europa-Granulierwerk entschieden hat. 500 neue Arbeitsplätze werden somit nicht realisiert, jedenfalls nicht in Nordrhein-Westfalen, wo ursprünglich Ibbenbüren im Kreis Steinfurt als neuer Standort vorgesehen war.

Den Meinungswechsel, meine Damen und Herren, begründet das amerikanische Zuliefer-Unternehmen mit Unsicherheiten wegen der Beteiligung der GRÜNEN an der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

(Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Diese Landesregierung darf sich am allerwenigsten darüber wundern, wenn potentielle Investoren nach Standorten außerhalb Nordrhein-Westfalens suchen und diese dann auch finden. Die rot-grüne Landesregierung schafft es stets aufs neue, durch monatelange Ideologie- und Kompetenz-



(Dr. Linsen [CDU])

- (A) Diskussionen den Eindruck zu erwecken, daß in unserem Land keine Voraussetzungen zur anhaltenden Beseitigung der Arbeitslosigkeit getroffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik setzt aber nicht nur eine positive Grundeinstellung zu unserem Wirtschaftssystem sowie eine unvoreingenommene Bejahung von Technologie, Fortschritt und sauberem Wachstum voraus: Genauso notwendig ist es, daß man durch Maßnahmen der Umschichtung und Schwerpunktsetzung die nötigen finanziellen Handlungsspielräume für eine aktive Zukunftsgestaltung gewinnt.

Und da ist es unerlässlich, meine Damen und Herren, daß sich das Land in dieser schwierigen Phase von Anteilen aus seinem Beteiligungsvermögen trennt. Wir als CDU wollen, daß das Land unter anderem Beteiligungen an der Westdeutschen Landesbank, an den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn - um einige zu nennen - mit der Maßgabe verkauft, daß der jeweilige Anteil des Landes 25,1 % nicht unterschreiten darf.

Wer hier von einem Ausverkauf von Vermögen spricht, der hat nicht begriffen, daß es in der heutigen Zeit mit zunehmender Massenarbeitslosigkeit vor allem um die Schaffung von drei Dingen gehen muß: 1. Arbeitsplätze, 2. Arbeitsplätze, 3. Arbeitsplätze!

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen die eine Milliarde, die wir durch den Verkauf von Beteiligungen erzielen, einsetzen, indem wir in Höhe von 400 Millionen Mark die Schuldenaufnahme des Landes und damit letztendlich auch die Zinsbelastung verringern. Wir gehen davon aus, daß wir mit der Umschichtungsmasse, wie wir sie vorschlagen, das heißt mit den Investitionen unseres Milliardenprogramms für Nordrhein-Westfalen in Höhe von 600 Millionen DM in den nächsten Jahren Zehntausende zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen können.

(Beifall bei der CDU)

So wollen wir mit 100 Millionen DM für die Modernisierung vor allem der technischen und apparativen Ausstattung der Hochschulen eine Technologie- und Wissenschaftsoffensive starten, die längst überfällig ist.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich wollen wir intelligente, zukunftssichere Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Wirtschaftsbereichen schaffen, jedenfalls die Rahmenbedingungen dafür ermöglichen. Es müssen Arbeitsplätze sein, die auch noch nach ein paar Jahren wettbewerbsfähig sind.

(C)

Unsere Wirtschaft kann den technologischen Herausforderungen nur gerecht werden, wenn wir den Wissenstransfer von der Forschung zur Wirtschaft wesentlich beschleunigen. So halten wir die Gründung einer Technologiertransfer-Agentur für unumgänglich.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Koalition davon spricht, daß sie den Schwerpunkt ihrer künftigen Wirtschaftspolitik nunmehr auf die Politik für den Mittelstand und das Handwerk legen will, so begrüßen wir das, gerade weil damit auch das Eingeständnis einer über Jahrzehnte verfehlten Schwerpunktsetzung in Richtung Großbetriebe verbunden war.

(Beifall bei der CDU)

Aber: Nur ganze 9 Millionen DM stehen dem Wirtschaftsminister 1996 als Risikokapital zur Existenzgründung zur Verfügung. Dies ist der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, wenn man bedenkt, daß allein die Stadt Dortmund 12 Millionen DM für Unternehmensgründungen und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze aufbringt. Zwischen wortreichen Ankündigungen und Taten klaffen hier Welten!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere den Wirtschaftsminister des Landes auf, nicht nur die Worte zur Existenzgründung aus dem CDU-Wahlprogramm zu übernehmen, sondern für Existenzgründer und Mittelstandsförderung auch ausreichende Mittel bereitzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Wir halten die Gründung einer Risikokapitalgesellschaft für dringend erforderlich. Sie sollte mittelfristig mit einem Mindestkapital von 150 Millionen DM ausgestattet sein.

Wir brauchen - um es mit Ihren Worten, Herr Matthiesen, zu sagen - keine "alternativen Beratungs- und Initiativkulturen, finanziert durch Staatsknete, flächendeckend und jenseits der staatlichen Einrichtungen",

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) sondern wir benötigen eine effiziente, zielorientierte und regionalpolitisch wirksame Förderpolitik. Leider hat diese Landesregierung nicht nach Ihren Worten gehandelt, Herr Matthiesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für Deutschland halten wir ein Sofortprogramm für Arbeit für notwendig. Hier muß Nordrhein-Westfalen im Bundesrat in vielen Punkten konstruktiv mitarbeiten. Das wird die Arbeit der nächsten Wochen und Monate sein.

Ich will nur einige Maßnahmen hier kursorisch erwähnen:

- Steuerbefreiung von Unternehmensneugründungen für einen Zeitraum von drei Jahren;
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren;
- Steuerreform mit dem Ziel einer drastischen Senkung der Sätze in der Einkommen- und Körperschaftsteuer bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage;
- Beseitigung der existenzgefährdenden Mehrfach-Substanzbesteuerung von Betriebsvermögen durch Vermögen-, Gewerkekapi- und Erbschaftsteuer sowie Senkung der Sätze der Gewerbeertragssteuer.

(B) (Zuruf von der SPD)

Zu dem Zwischenruf gerade: "Wer regiert denn da in Bonn?" kann ich nur sagen: Was blockieren Sie denn von diesen Maßnahmen bisher über den Bundesrat?

(Beifall bei der CDU)

Was blockieren Sie hier allein im Landtag, wenn wir über Gewerkekapi- und Erbschaftsteuer sprechen? Ich höre den Wirtschaftsminister immer wieder, der draußen von Steuererleichterungen und Steuersenkungen spricht. Der Ministerpräsident sieht das offensichtlich anders, und die GRÜNEN allemal. Irgendwann müssen Sie erst einmal eine Einigung in diesem Kabinett herbeiführen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will die Liste weiter vortragen: Befreiung der Sozialkassen von versicherungsfremden Leistungen. - Das fordert übrigens jeder, denn damit ist ja die Senkung der Lohnnebenkosten verbunden.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Nur die CDU in Bonn nicht!)

Aber dann müssen Sie auch bitte schön mitmachen, wenn wir über Finanzierungsvorschläge sprechen. Sie müssen den Leuten nicht nur die

angenehme Seite verkünden, sondern auch das, was wehtut. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, daß die Tarifparteien mäßige Lohnerhöhungen anstreben werden. Es wäre gut, wenn lebenslanges Lernen als Teil von Tarifverträgen endlich verankert würde, wenn wir den Überstundenabbau sicherlich nicht 1:1 zu Neueinstellungen bekämen und wenn wir individuelle Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitkonten - auch Lebensarbeitszeitkonten - hätten, die bei Bedarf längere Maschinenlaufzeiten ohne Kostenerhöhungen ebenso wie die Anpassung an Zeiten schwacher Nachfrage erlauben. Es wäre gut, wenn wir das gemeinsam auf den Weg bringen könnten.

Auch mir, meine Damen und Herren, ist bewußt, daß all diese Maßnahmen nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können. Aber dies kann und darf uns nicht daran hindern, das 50-Punkte-Aktionsprogramm der Bundesregierung als praktikables Konzept für mehr Arbeit mit allen Kräften zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Sofortprogramm muß auch beinhalten, daß die Belastungen derjenigen Betriebe, die Ausbildungsplätze in einer großen Anzahl anbieten, auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden. Ein Bonus-System für ausbildende Betriebe ist eine der denkbaren Möglichkeiten und allemal besser als die törichte Forderung nach kostentreibenden Ausbildungsplatzabgaben. (D)

Zu einer richtigen und konsequenten Prioritätensetzung ist diese Landesregierung, ist insbesondere die Fraktion der GRÜNEN nicht in der Lage. Wenn die Fraktion der GRÜNEN 140 Millionen DM des 87 Milliarden-Haushalts für ihre Partikularinteressen verplempert, ist dies ein Skandal.

(Beifall bei der CDU)

Statt den Anwälten für Abschiebehäftlinge 2,5 Millionen DM in den Rachen zu werfen, statt ein Referat für Schwule und Lesben einzurichten, statt gleichgeschlechtliche Lebensformen mit Hunderttausenden von Mark zu fördern und andere grüne Spielwiesen zu finanzieren, wäre die rot-grüne Landesregierung besser beraten, das Geld zu nehmen, um die in unserem Land dringend notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Mit den rund 140 Millionen DM, die für grüne Projekte ausgegeben werden, hätte man zum Bei-

(Dr. Linssen [CDU])

(A) spiel 3 500 Sozialwohnungen fördern können,  
12 800 Kindergartenplätze

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Busch  
[GRÜNE]: Billigste Polemik!)

oder 7 000 Existenzgründungen im mittelstän-  
dischen Bereich.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle wird besonders deutlich: Die  
GRÜNEN haben nicht Arbeitsplätze für alle, son-  
dern in erster Linie ihre eigenen im Auge.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen aber keine  
grüne Klientel- und Nischenpolitik. Wir brauchen  
eine Politik, die sich an den Interessen und Be-  
dürfnissen der Mehrheit unserer Bevölkerung  
orientiert und deren Zukunft sichert.

(Beifall bei der CDU)

Von dieser Richtschnur hat sich die Landesregie-  
rung auch nicht leiten lassen, als sie auf Drängen  
der GRÜNEN die Mittel für den Um- und Ausbau  
von Landesstraßen um 50 Millionen DM gekürzt  
hat.

(B) Natürlich ist es unser aller Ziel, Mobilität umwelt-  
verträglich zu sichern. Aber man kann heute nicht  
nach der Devise gehen: Das Auto erfinden, aber  
die Straße abschaffen. Wir sind noch nicht soweit  
in der Entwicklung, daß wir mit Hilfe von intel-  
ligenten Verkehrssystemen wie etwa dem Trans-  
rapid

(Lachen bei den GRÜNEN)

und einem noch attraktiveren Schienenverkehr  
auf die Mobilität des Autos in einem größeren  
Umfang verzichten können.

(Beifall bei der CDU)

Gerade im ländlichen Bereich, in dem Millionen  
unserer Bürgerinnen und Bürger wohnen und viele  
Unternehmen angesiedelt sind, ist der Aus- und  
Umbau von Landesstraßen, sind Ortsumgehungen  
und Lückenschlüsse nicht nur zur Sicherung der  
Wettbewerbsfähigkeit dringend erforderlich, son-  
dern auch ökologisch sinnvoll, meine Damen und  
Herren von den GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU)

Aber nun haben die GRÜNEN ja nicht nur ein ge-  
störtes Verhältnis zur Industriegesellschaft, son-

dern auch zur Polizei und zum Gewaltmonopol (C)  
des Staates.

(Beifall bei der CDU)

Wer ein Antirassismus-Training für die Polizei ver-  
langt, wer ein Diskriminierungsverbot im Polizei-  
gesetz verankern will, dokumentiert in erster Linie  
sein Mißtrauen und seine Abneigung gerade ge-  
genüber denjenigen, die oft unter Gefährdung  
ihres eigenen Lebens für den Schutz und die Si-  
cherheit unserer Bürgerinnen und Bürger eintre-  
ten.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Gisela  
Nacken [GRÜNE]: Sie wissen es besser!)

Zwölf Stunden lang blutige Auseinandersetzungen  
Zehntausender angereister PKK-Terroristen

(Gisela Nacken [GRÜNE]: Das mußte ja  
jetzt kommen!)

mit Beamten der Polizei und des Bundesgrenz-  
schutzes in Nordrhein-Westfalen - Bilanz: 40 zum  
Teil schwer verletzte Polizisten.

(Regina van Dinther [CDU]: Und Polizistin-  
nen!)

- Und Polizistinnen. - Die CDU-Landtagsfraktion  
verurteilt mit aller Schärfe die Terroraktionen der  
PKK. (D)

(Beifall bei der CDU)

Den Rädelsführern und Schlägern dieser Organisa-  
tion muß endlich mit der vollen Schärfe des Ge-  
setzes begegnet werden.

(Beifall bei der CDU)

Wer das von uns großzügig gewährte Gastrecht  
in derart perfidem Maße mißbraucht, hat sein  
Aufenthaltsrecht bei uns verwirkt und gehört ab-  
geschoben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich, ebenso wie der Kollege Matthie-  
sen, bereits bei den beteiligten Polizisten für ihren  
aufopferungsvollen Einsatz bedankt.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwarte auch von der GRÜNEN-Landtagsfrak-  
tion, daß sie ihren Dank an alle Beamten und Be-  
amtinnen richtet, die am Samstag im Einsatz wa-  
ren

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) und ihr Leben für uns riskiert haben. Besonders von Ihnen, Herr Appel, als Fraktionssprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN erwarte ich, daß Sie vielleicht bei dieser Gelegenheit Ihr gestörtes Verhältnis zur Polizei, die für Sie ja nur aus "Bullen" besteht, endlich bereinigen.

(Pfui-Rufe - Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN - Unruhe)

Dieses Wort ist am Wochenende von ihm auf dem Parteitag in Hamm gesprochen worden.

Unsere Polizisten und Polizistinnen brauchen gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen die Kriminalität permanent steigt, die volle Rückendeckung und auch Unterstützung durch alle Mitglieder des Parlaments!

(Beifall bei der CDU)

Je ohnmächtiger und je inkonsequenter der Staat gegenüber der Kriminalität wirkt, umso stärker droht das Rechtsbewußtsein der Bürgerinnen und Bürger zu schwinden. Wer Parkverstöße gnadenlos ahndet, sich aber andererseits dafür einsetzt, daß sogenannte Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl und Schwarzfahren erst gar nicht mehr verfolgt werden, der riskiert den Verlust von Rechtstreue und Rechtsbewußtsein in unserer Bevölkerung.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Wer Straftaten achselzuckend hinnimmt, statt sie konsequent zu verfolgen, der kann auch von unseren Kindern und Jugendlichen nicht erwarten, daß sie ein Rechtsbewußtsein und ein Gefühl für Anstand entwickeln, die für ein gedeihliches Zusammenleben unserer Gesellschaft unabdingbar sind.

(Beifall bei der CDU)

Hinter der steigenden Kriminalität steckt ein Verlust an Tugenden wie Ehrlichkeit und Nächstenliebe, Gemeinschaftssinn und Verantwortungsbewußtsein.

(Ewald Groth [Grüne]: Das ist beleidigend!)

Polizei, Staatsanwälte und Gerichte können nur repressiv wirken. Sie können den Werteverlust unserer Gesellschaft nicht ausgleichen. Leider fühlen sich heutzutage viele Eltern, aber auch viele Lehrer überfordert, junge Menschen zu einer solidarischen und die Würde anderer respektierenden Denk- und Verhaltensweise zu erziehen.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Dazu hat Ihre Politik doch beigetragen!)

Eine Lehrerbefragung, die das Dortmunder Institut für Schulentwicklungsforschung im Auftrag der Hamburger Zeitschrift "Die Zeit" durchführte, hat jüngst ergeben, daß Gewalt mittlerweile schon eine gängige Erfahrung von 80 % aller Schüler ist, die mit Prügeleien, Diebstählen und Vandalismus konfrontiert sind. Die Kinder- und Jugendkriminalität nimmt besorgniserregend zu. Fast jeder dritte Straftäter ist mittlerweile unter 21 Jahre alt.

(Zuruf des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE] - Gegenrufe von der CDU)

Dies deutet auf eine gewaltige Verschiebung des Rechtsbewußtseins in unserer Jugend hin.

Meine Damen und Herren, die Erziehung unserer Kinder ist in erster Linie Aufgabe des Elternhauses. Wir brauchen aber auch Lehrer - Lehrer, die als Pädagogen Mut zur Erziehung haben. Das Einüben zwischenmenschlicher Umgangsformen, die Erziehung zu Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme und Respekt für den anderen, die Erziehung zu Toleranz und kultureller Dialogfähigkeit haben in der Schule genauso ihren Platz wie die notwendige Wissensvermittlung und die berechtigten Leistungsanforderungen.

Kinder müssen lernen, daß man Anspruch nur auf das hat, was man sich durch eigene Leistung erworben hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Heranwachsenden müssen möglichst früh erfahren, sich für den Nächsten einzusetzen und hinzusehen. Das ist die große Herausforderung, der sich alle am Erziehungsprozeß Beteiligten und politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen stellen müssen.

Politik allein kann hier nicht weiterhelfen, aber Politik kann und muß den öffentlichen Dialog und die Wiederbesinnung auf eine Werteerziehung organisieren. Wir brauchen eine Werteerziehung, die auch die Tugendlehre einbezieht und einen neuen Bürgersinn, einen neuen Gemeinsinn bewirkt, der aus der Tiefe und Breite unserer Gesellschaft kommen muß. Hier hat gerade die für Schule zuständige Landespolitik eine vorrangige Aufgabe. Auch wir Politiker haben die Pflicht, Vorbild zu sein!

(Beifall bei der CDU)

Die Stabilität unserer Gesellschaft und unsere Zukunft hängen auch davon ab, wie wir künftig

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) mit Tatsachen umgehen, die nicht wegzuleugnen sind.

Bereits jetzt hat der Ausländeranteil in den nordrhein-westfälischen Haftanstalten besorgniserregende 30 % erreicht. Die Folge sind zunehmende Feindseligkeiten unter den verschiedenen nationalen Gruppen. Aber genau das wollen wir nicht. Wir wollen Bürgerkriege weder in unseren Gefängnissen noch auf unseren Straßen! Wir wollen eine integrative Gesellschaft!

(Beifall bei der CDU)

Diese integrative Gesellschaft setzt aber voraus, daß die diejenigen Ausländer, die nicht in der Lage oder bereit sind, sich in unsere Kultur- und Werteordnung einzufügen - das hat nichts mit Assimilation zu tun -, in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Ich möchte keine ghettoisierten Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen, wie sie in Los Angeles, in Marseille oder in Brixton nachzuvollziehen sind.

(Beifall bei der CDU)

Es geht um die Bewahrung des inneren Friedens. Da ist das bürgerschaftliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern von herausragender Bedeutung.

(B) Ich bin im Gegensatz zu Ihnen, Herr Ministerpräsident, der Meinung, daß eine doppelte Staatsbürgerschaft die Integration von Ausländern in Deutschland nicht fördert, eher erschwert.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Das ist eine Logik!)

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit setzt einen sichtbaren Integrationserfolg voraus. Hierzu gehören die Beherrschung der deutschen Sprache, die Einfügung in unsere Kultur- und Werteordnung und die Fähigkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

In Richtung der GRÜNEN sage ich ganz deutlich: Einer unbeschränkten und sozial nicht verträglichen schrankenlosen Zuwanderung darf gerade auch angesichts von über 4 Millionen Arbeitslosen nicht Tür und Tor geöffnet werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Wenn 1995 allein ca. 1,2 Millionen Nicht-EU-Bürger Arbeitserlaubnisse hatten, dann zeigt dies, daß wir angesichts unserer eigenen Probleme auf

dem Arbeitsmarkt bereits die Grenze des Verantwortbaren überschritten haben. (C)

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie schüren mal wieder die Fremdenfeindlichkeit in diesem Lande!)

Alles andere wäre eine Politik, die nicht integriert, sondern sozialen Unfrieden schafft. Wir als CDU wollen keine unbegrenzte und unkontrollierte Zuwanderung!

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang alle Parteien hier im Landtag daran, daß es vornehmste Aufgabe der Politik ist, ja, daß es das Politischste überhaupt ist, die Probleme frühzeitig beim Namen zu nennen und ihnen mit Wahrheit und Klarheit zu begegnen.

Ich lasse mich von diesem Prinzip, welches die Glaubwürdigkeit von Politik überhaupt ausmacht, auch nicht durch den ideologisch begründeten Meinungsterror einiger grüner Fundamentalisten abbringen.

(Roland Appel [GRÜNE]: - Krokodil Helmut!)

- Sie wissen schon, was ich meine, Herr Appel.

Politische Korrektheit - der Begriff wird ja häufig diskutiert - darf nicht bedeuten, dem anderen eine Gesinnung aufzuoktroieren. Politische Korrektheit muß bedeuten, die Dinge beim Namen zu nennen und Probleme nicht schönzureden. (D)

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Dann halten Sie sich mal einen Spiegel vor!)

Das heißt, Wahrheiten auszusprechen und notwendige Entscheidungen zu treffen, die man allen Bürgern gegenüber verantworten kann.

(Roland Appel [GRÜNE]: Ganz genau!)

Die Bürger sind klüger, weitsichtiger und verständnisvoller, als manche Moralprediger gern glauben machen wollen.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Das merkt man vor allen Dingen an Ihren Wahlergebnissen!)

Vernünftige pragmatische Politik muß darauf gerichtet sein, Konsens zu schaffen, faire Lösungen zu suchen, einen gangbaren Weg in die Zukunft zu finden.

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Wir alle müssen uns darüber einig sein, meine Damen und Herren, daß von unserem Land Nordrhein-Westfalen fünf eindeutige und glaubhafte Signale ausgehen müssen:

Erstens. Wachstum und florierende Wirtschaft sind nötig und erwünscht; denn diese sind Grundvoraussetzung für zukunftssichere Arbeitsplätze und für die Finanzierbarkeit unseres Sozialsystems.

Zweitens. Investoren sind in Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen!

Drittens. Nordrhein-Westfalen ist technikoffen und innovationsbejahend.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Stammt alles von mir! Fällt Ihnen nichts Besseres ein, als meine Formulierungen zu verwenden?)

- Schade. Ich wollte ja eigentlich zum Schluß sagen, Herr Matthiesen, welche Variationen ich noch zu Ihren Sätzen angebracht habe. Ich wiederhole sie nicht umsonst!

(Klaus Matthiesen [SPD]: Primitiv! Stammt alles von mir! - Lachen bei der CDU)

(B) Technikfeindlichkeit können und dürfen wir uns nicht leisten. Mit modernsten Technologien sind auch Arbeitsmarkt- und Umweltprobleme zu lösen.

Viertens. Umweltpolitik muß mit Vernunft und Augenmaß betrieben und in Übereinstimmung mit unseren europäischen Nachbarn verwirklicht werden.

Fünftens. Verlässlichkeit und Rechtstreue müssen Grundprinzipien auch des Regierungshandelns in Nordrhein-Westfalen sein. Das Rechtsbewußtsein der Bürger darf nicht erschüttert werden!

(Beifall bei der CDU)

Der Kollege Matthiesen hatte sich zu stark nur auf den Bereich Wirtschaft beschränkt; deshalb habe ich die Palette etwas erweitert, meine Damen und Herren!

(Roland Appel [GRÜNE]: Das haben wir gar nicht gemerkt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist Grundvoraussetzung jeder Politik - und dazu darf ich zum Schluß noch einmal Minister Clement zitieren -: Stetigkeit, Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit. Er hat angefügt, das sei auch entscheidend für den Erfolg dieser rot-grünen Regierung.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(C) Ich stelle nur fest: Ihre grün-belastete Regierung, Herr Ministerpräsident, ist wohl kaum in der Lage, diese von Ihnen selbst aufgestellten Maßstäbe zu erfüllen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Rot-Grün, meine Damen und Herren, ist kein Testfall für Bonn, es ist ein Problemfall für Nordrhein-Westfalen!

(Zurufe von der CDU: Jawohl, jawohl!  
- Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ist die rot-grüne Düsseldorfer Mißbege am Wochenende auch wieder mal notdürftig gekittet worden, so erscheint dies fast schon unerheblich angesichts der schlimmen Erfahrung, welche verheerenden Signale dieses Bündnis in den für ganz Deutschland so wichtigen Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen sendet.

Vor diesem Hintergrund müssen Sie, Herr Ministerpräsident, sich den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie wieder mal eine Situation falsch einschätzen und auch noch nach dem Parteitag der GRÜNEN in Hamm den Zustand dieser Koalition schönreden.

(D) Warum hören Sie eigentlich nicht auf den SPD-Fraktionschef Matthiesen, den Sie zwar nicht gewollt haben, der aber völlig zu Recht schon im November 1994 erkannt hat: "Rot-Grün wäre für dieses Industrieland ein großes Verhängnis!"

(Beifall bei der CDU)

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat es zu diesem Verhängnis kommen lassen. Herr Bajohr von den GRÜNEN hat dieses Verhängnis auf dem letzten GRÜNEN-Parteitag weiter beschworen. Bajohr wörtlich: "Ich bin dafür, uns und der SPD die Qual der Fortsetzung dieser Koalition nicht zu ersparen."

(Gelächter und Beifall bei der CDU)

Kerstin Müller, die Fraktionssprecherin der GRÜNEN im Bundestag, bringt es auf den Punkt, wenn sie ankündigt: "Die SPD wird uns aus der Koalition schon rausschmeißen müssen."

Ich kann Ihnen nur raten, meine Damen und Herren von der SPD: Tun Sie das, und zwar möglichst schnell! Es wäre ein Segen für unser Land!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Kollegen Matthiesen für die SPD-Fraktion das Wort.

**Klaus Matthiesen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich jedenfalls bin von der Rede des Herrn Oppositionsführers nicht überrascht.

(Herbert Reul [CDU]: Begeistert!)

- Begeistert, Herr Reul, sind nur Sie als bezahlter Claqueur, andere nicht!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf des Herbert Reul [CDU])

Ich jedenfalls bin von dieser Rede nicht überrascht. Ich habe sie heute genauso erwartet: Viel Agitation, wenig Eigenes, und das wenige Intelligente hat er noch von mir abgeschrieben.

(Zurufe des Herbert Reul, des Heinz Hardt und anderer Abgeordneter der CDU - Beifall bei der SPD)

- Ich bekomme nicht einmal Honorar dafür; das ist ja das Schlimme.

In weiten Passagen, verehrter Herr Kollege Hardt, vor allen Dingen den innenpolitischen Bereich betreffend, der mich, so wie er ihn angelegt hatte, geradezu erschrocken gemacht hat, war dies - ich sage es Ihnen deutlich - eine Agitationsrede eines Provinzpolitikers, der es darauf angelegt hat, unser Gemeinwesen zu spalten. So habe ich das verstanden.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU - Beifall bei der SPD)

- Ich komme nachher noch darauf zurück.

(Zuruf von der CDU: Das ist Schleswig-Holstein. - Weitere lebhaftere Zurufe von der CDU)

Ich gebe gerne zu: Daß Sie soviel Agitation hier nötig und auch ermöglicht haben, hängt auch damit zusammen, daß diese Koalition in den letzten Wochen es Ihnen relativ leicht gemacht hat.

(Zurufe von der CDU)

Entscheidend aber ist, meine Damen und Herren, nicht, daß wir es Ihnen in den letzten 14 Tagen leicht gemacht haben, sondern für mich ist viel entscheidender, daß wir es Ihnen in den nächsten vier Jahren schwer machen werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Warten Sie einmal ab!

Ich will gleich hinzufügen: Es ist ja viel über große Koalitionen in Bonn und auch in Düsseldorf spekuliert worden. Vor allen Dingen Sie waren ja so hibbelig, daß Sie es gar nicht erwarten konnten. Wenn es neben den vielen bekannten inhaltlichen und strategischen Gründen eines Beweises bedurft hätte, dann, so darf ich Ihnen sagen, war Ihre Rede heute dieser letzte Beweis dafür, daß mit Ihnen eine solche Kombination selbst im schlimmsten aller denkbaren Fälle überhaupt nicht möglich wäre - überhaupt nicht möglich wäre!

(Beifall bei der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Ihre Rede war im übrigen ---

(Glocke des Präsidenten)

- Ach, lassen Sie doch, Herr Präsident; die beruhigen sich.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Das, was ich hier tue, müssen Sie mir schon überlassen, Herr Fraktionsvorsitzender Matthiesen!

(Beifall bei der CDU)

**Klaus Matthiesen (SPD):** Selbstverständlich! - Ihre Rede war im übrigen - so habe ich das wahrgenommen - eine Mischung aus Angriff auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gleichzeitig Anbieterei bei der SPD.

(Widerspruch bei der CDU)

Und das, Herr Oppositionsführer, zeigt Ihr strategisches Dilemma. Sie können sich deshalb nicht für eine klare, umfassende Oppositionsstrategie entscheiden, weil Ihr Wunsch zum Mitregieren - und das blinkt ja immer wieder durch - immer noch übermächtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Sie sind und bleiben damit ein Illusionist, und solche Leute haben bekanntlich noch nie ein langes politisches Leben gehabt. Das gebe ich Ihnen aus meiner Erfahrung mit auf den Weg. Ihre Absicht, zusätzlich Zoff in diese Koalition zu pflanzen, wird sich nicht verwirklichen.

(Lebhafte Zurufe und Lachen bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Bevor diese Koalition dem Verfall zum Opfer fällt, wie Sie es erklärt haben, oder im

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

- (A) Chaos versinkt, sind Sie, verehrter Herr Oppositionsführer, längst das Opfer Ihrer eigenen zappeligen Ungeduld, die auch heute und in der letzten Zeit immer wieder spürbar war.

(Zurufe von der CDU)

Von Alternativen war in weiten Strecken Ihrer Rede nichts zu spüren.

(Zuruf von der CDU: Zuhören!)

- Ich habe sehr aufmerksam zugehört.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Die Beratung des Landeshaushalts, meine Damen und Herren, findet in einer Zeit statt, in der sich die ökonomisch-soziale Krise in Deutschland dramatisch verschärft.

(Zuruf von der CDU: Richtig! - Heinz Hardt [CDU]: Und was machen Sie?)

In der Bundesrepublik Deutschland herrscht Massenarbeitslosigkeit, die noch weiter zunehmen wird. 4,3 Millionen Menschen in Deutschland sind ohne Arbeit. In den vergangenen vier Jahren sind mehr als 1,2 Millionen Arbeitsplätze exportiert worden. Diese Massenarbeitslosigkeit bedingt eine massive Gefährdung unserer sozialen Sicherungssysteme und in der Folge eine Krise aller öffentlichen Finanzen. - Das ist die Lage, und es ist absehbar, wann eine solche Entwicklung mit immer mehr Arbeitslosen und immer weniger Beitragszahlern, aber immer mehr Leistungsempfängern politisch nicht mehr beherrschbar ist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Daß Sie, Herr Oppositionsführer, auf diese dramatisch sich zuspitzende ökonomisch-soziale Krise in Deutschland mit keinem Wort eingegangen sind, sondern nur auf die rot-grüne Landesregierung abgehoben haben, ist für mich der Beweis, daß Sie ein agitatorischer Provinzpolitiker und nichts anderes sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Widerspruch des Dr. Helmut Linssen und des Heinz Hardt [CDU] - Heinz-Helmich van Schewick [CDU]: Wer kommt denn aus Gangerschild?)

- Es ist doch schön, daß Sie jedenfalls meinen Geburtsort kennen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Für diese Situation, meine Damen und Herren, trägt nicht die rot-grüne Koalition in Düsseldorf, sehr wohl aber die Bonner Regierungskoalition

einen Großteil Verantwortung. Auch für die ungesteuert ablaufenden Turbulenzen an den international gesteuerten Devisenmärkten. Und wenn Sie, Herr Oppositionsführer, hier davon sprechen, daß Betriebe ins Ausland gehen, dann wollen Sie bitte trotz der Vernebelung, die Sie hier heute betrieben haben, zur Kenntnis nehmen - das gehört zum kleinen Einmaleins auch eines Provinzpolitikers -

(C)

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

daß eine faktische Aufwertung der Mark seit 1990 um 20 % nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte und Unternehmen schädigt, und dies ist einer der zentralen Gründe für die massive Abwanderung deutscher Unternehmen ins Ausland. Das, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jeder zehnte Arbeitnehmer in Deutschland ist ohne Arbeit. Das ist der dramatische Beweis für das Scheitern der Politik von Bundeskanzler Kohl. Hier, Herr Kollege Linssen, können Sie sich aus der Verantwortung nicht herausstellen.

Sie müssen wissen - und wissen es auch; da hilft selbst Ihr Verschweigen nichts -, daß für Nordrhein-Westfalen die Rahmenbedingungen im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, von der Währungspolitik ganz zu schweigen, europaweit und national gesetzt werden und daß ein Land wie Nordrhein-Westfalen nur ganz geringe eigene Handlungsspielräume hat.

(D)

(Zurufe des Dr. Helmut Linssen [CDU] und des Christian Michael Weisbrich [CDU])

Die Bundesregierung ist durch Gesetz verpflichtet, für außenwirtschaftliches Gleichgewicht, für angemessenes Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und Stabilität der Beschäftigung zu sorgen. Diesem Gesetzesauftrag wird diese Bundesregierung schon seit langem nicht mehr gerecht. Seit 13 Jahren betreibt die Bonner Koalitionsregierung eine Politik, die Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes belastet: belastet mit den höchsten Steuern, belastet mit den höchsten Sozialabgaben, belastet mit den höchsten Lohnnebenkosten, belastet mit der höchsten Verschuldung, belastet mit der höchsten Massenarbeitslosigkeit. Die Zunahme sozialer Angst ist überall spürbar. Wer dies wie der Oppositionsführer verschweigt, geht an den Verantwortlichkeiten und den Realitäten in unserer Republik vorbei.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)



(Matthiesen [SPD])

- (A) Die Bundesregierung hat eine Spirale nach unten verursacht und zugelassen, daß die Stärken unseres Landes immer mehr beschädigt und die Schwächen dieser Politik immer offenkundiger werden. In dieser Situation, verehrter Herr Oppositionsführer, ist es sozialpolitischer Zynismus, wenn die Bundesregierung jetzt die Opfer ihrer Politik zu Schuldigen ihrer Versäumnisse erklärt.

(Herbert Reul [CDU]: Reden wir über den Landeshaushalt, oder was?)

Wenn sie beabsichtigt, durch Kürzungen beim Kurzarbeitergeld, bei ABM-Stellen, bei der Arbeitslosenversicherung und bei anderen erneut Geld in einer Größenordnung von rund 25 Milliarden DM einzusparen, wenn dies so kommt - das sage ich Ihnen -, dann wird dieses Land gespalten und in Teilen in die soziale Erosion getrieben. Wenn Sie keinen Mut haben, dies hier deutlich zu benennen und als Oppositionsführer des Landes Nordrhein-Westfalen unsere Interessen vertretend auch gegenüber der Bundesregierung energisch aufzutreten und zu sagen "so nicht!", dann verkennen Sie Ihre Rolle als Oppositionsführer!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf des Herbert Reul [CDU])

- (B) Manchmal habe ich den Eindruck, Sie sind ein Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen, aber gegen die Interessen unseres eigenen Landes. Das ist eine schlimme Rollenentwicklung.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heftige Zurufe von der CDU - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Chefdemagoge der SPD!)

- Herr Reul, Sie können sich ja nachher noch melden.

(Herbert Reul [CDU]: Nee!)

- Sie haben doch immer ein so großes Mundwerk.

(Lebhafte Zurufe von der CDU - Herbert Reul [CDU]: Sei vorsichtig mit Worten! Vorsichtig sein!)

Kommen Sie hier ans Pult! Nicht schön im Hintergrund halten, immer den bezahlten Claqueur spielen, aber zu feige sein, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Das lob' ich mir!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heftige Zurufe von der CDU - Lothar Hegemann [CDU]: Sie kriegen 35 000 DM im Monat, und dann so was! Sie sind der größte Beutelschneider hier! - Gegenruf des Stefan

Frechen [SPD]: Keine Beleidigung, Herr Hegemann! Ich hab' das mitgekriegt! - Glocke des Präsidenten)

(C)

Meine Damen und Herren, gefordert ist eine große nationale Kraftanstrengung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Festigung der Sozialsysteme, zur Verbesserung der Umwelt und zur Sanierung der Staatsfinanzen. Angesichts dieser gigantischen Aufgabe ---

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU - Lothar Hegemann [CDU]: Ein Abgeordneter ist kein Claqueur! Nehmen Sie das zur Kenntnis! - Glocke des Präsidenten)

- Ja, ja! Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, verehrter Herr Kollege Hegemann, daß wir hier schweigen und unwidersprochen diese Agitations- und teilweise verletzende Rede Ihres Oppositionsführers sozusagen dulddend - oder noch schlechter: leidend - zur Kenntnis nehmen!

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heftige Zurufe von der CDU - Lothar Hegemann [CDU]: Ein Abgeordneter ist kein bezahlter Claqueur! Mehrheit ersetzt keinen Anstand! - Horst-Dieter Vöge [SPD]: Er träumt noch von der großen Koalition!)

Nein, Sir, so, wie er gemeint hat, er müsse uns sagen, was er zu sagen hat, so kriegen Sie heute von uns das gesagt, was wir zu sagen haben. Das sage ich Ihnen deutlich.

(D)

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN - Fortgesetzt lebhaftes Zurufe von der CDU - Herbert Reul [CDU]: Warum reden Sie denn nicht über den Landeshaushalt?)

Angesichts dieser gigantischen Aufgabe in unserer Republik ist es skandalös, wie mit dem Angebot der Gewerkschaften zu einem "Bündnis für Arbeit" umgegangen wird.

(Herbert Reul [CDU]: Warum reden Sie denn nicht über den Landeshaushalt!)

Wenn Sie, Herr Linssen, hier ein Sofortprogramm für Arbeit einfordern, täten Sie gut daran, das "Bündnis für Arbeit" als bestes Sofortprogramm, das je vorgeschlagen worden ist und verwirklicht werden könnte, auch für die Landes-CDU massiv zu unterstützen, und zwar jetzt, nicht in irgend-einer fernen Zukunft.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aufgrund der Lage brauchen wir eine massive Forschungs- und Entwicklungsförderung von Zu-

(Matthiesen [SPD])

- (A) künftstechnologien; das kann überhaupt keine Frage sein. Wir brauchen die energische Bekämpfung der illegalen Arbeit. Mehr als 2 Millionen Menschen in illegalen Arbeitsverhältnissen sind und bleiben ein Skandal. 1 Million Arbeitsplätze im Handel ohne Sozialversicherung sind im übrigen auch kein Beitrag zur Stabilisierung unseres Sozialsystems.

Wir brauchen eine Unternehmensbesteuerung, die dem Standort und der Umwelt dient und nicht die öffentlichen Kasse plündert. Wir brauchen zur Senkung der Lohnnebenkosten die Entlastung der Sozialversicherungssysteme von sachfremden Ausgaben. Um es in einem Satz zu sagen: Angesichts der dramatischen Zunahme der Massenarbeitslosigkeit und des dramatischen Wegbrechens weiterer industrieller Arbeitsplätze besteht unsere größte Herausforderung darin, Erwerbsarbeit zu sichern und Erwerbsarbeit zu schaffen. Das muß die zentrale Aufgabe sowohl der Bundes- als auch der Landespolitik sein.

Was die Landespolitik angeht, so dürfen wir keinen Zweifel daran lassen, daß alles getan wird, um den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig zu halten und auch attraktiver zu machen. In der Tat gehören dazu eindeutige Signale. Wenn diese Signale, die ich für notwendig halte, mit Ihren übereinstimmen, habe ich gegen dieses begrenzte Maß an Gemeinsamkeit nichts einzuwenden.

(B)

Ich bleibe dabei: Qualitatives Wachstum ist erwünscht und notwendig. Und Investitionen und Investoren sind willkommen in unserem Land. Wir müssen ein Klima schaffen, das das deutlich macht, und ein Klima beibehalten, das dies deutlich macht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Natürlich müssen Genehmigungsverfahren dazu dienen, Gewerbe- und Industrieansiedlungen zu fördern, nicht dazu, sie zu behindern. Staatliches Handeln muß nach meiner Auffassung kalkulierbar und verlässlich sein und bleiben. Getroffene Rechtsentscheidungen müssen Gültigkeit behalten. Natürlich ist ohne den Einsatz neuer Technologien die Lösung der Arbeits-, Struktur- und Umweltprobleme nicht möglich. Und natürlich muß das gute Konzept "Arbeit und Umwelt" fortgesetzt werden.

Ich bin in Sorge - ich habe das an anderer Stelle schon einmal gesagt und wiederhole es hier -, ich

bin sehr in Sorge, daß wir Politiker, wenn die ökonomisch-soziale Krise in der Bundesrepublik Deutschland in dem Tempo weitergeht wie bisher, schon in Kürze die Frage zu beantworten haben: Was machen wir mit dem 30jährigen gut ausgebildeten Facharbeiter oder der 30jährigen gut ausgebildeten Facharbeiterin, die uns nach der Erwerbsarbeitsperspektive fragt? Ich füge hinzu: Gnade uns allen Gott, wenn wir nicht in der Lage sind, auf diese Frage eine angemessene wirtschafts- und gesellschaftspolitische Antwort zu finden. Gnade uns Gott!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, sind eine große nationale Kraftanstrengung und eine große Anstrengung im Lande Nordrhein-Westfalen unabweisbar, um mit den anstehenden Problemen fertig zu werden.

Nun hat unser Land, wie Sie wissen, den Strukturwandel immer sozial gestaltet. Darauf können wir zu Recht stolz sein, insbesondere der Herr Ministerpräsident, der wie kein anderer mit dafür gesorgt hat, daß diese Entwicklung so sozial und verträglich wie irgend möglich abgelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ökonomisch haben wir das Land nach vorn gebracht. In den letzten zehn Jahren wurden in Nordrhein-Westfalen 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Ökologisch haben wir diese Industrieregion an Rhein und Ruhr in vorbildlicher Weise saniert. Nordrhein-Westfalen ist, verglichen mit anderen, die grünste Industrieregion in Europa.

(D)

Aber es kann keinen Zweifel geben, und wir dürfen nicht darum herumreden: Auch die allgemeine Krise bedroht natürlich Nordrhein-Westfalen. Wir haben allein in den letzten vier Jahren in unserem Land über 360 000 industrielle Arbeitsplätze verloren. Neue kommen auf diesem Gebiet kaum hinzu. Das Tempo des Wegbrechens der industriellen Arbeitsplätze ist ungebremst. Die Entwicklung spitzt sich dramatisch zu.

Deshalb ist es richtig, daß wir alles tun müssen, um reale Wertschöpfung, das heißt industrielle Produktion, zu ermöglichen. Deshalb bleibt es richtig, daß wir um jeden Arbeitsplatz in diesem Bereich kämpfen. Und es ist genauso richtig, daß sich dieser Aufgabe jeder politisch Verantwortliche und jede Partei stellen müssen. Hier, Herr Kollege Linssen, müssen Sie mich nicht zitieren;

(Matthiesen [SPD])

- (A) vielmehr zitiere ich einen Satz aus der Koalitionsvereinbarung, der einer der zentralen Sätze dieser Koalitionsvereinbarung ist und bleiben muß.

(Christian Michael Weisbrich [CDU]: Darunter versteht doch jeder etwas anderes!)

- Nein, an diesem Punkt ist, wie ich glaube, die Interpretation eindeutig.

(Zurufe von der CDU)

Dieser Satz heißt:

"Grundlage für jeden leistungsfähigen Sozialstaat ist eine leistungsfähige Ökonomie. Sozialpolitische Transferleistungen basieren auf realer Wertschöpfung. Wer über Transferleistungen und gerechte Verteilung redet, darf über Produktion und Wertschöpfung nicht schweigen."

Das ist - meine Damen und Herren, ich bleibe dabei - angesichts der ökonomisch-sozialen Krise der zentrale Satz dieser Koalitionsvereinbarung und Richtschnur unseres Handelns, und er muß es bleiben, weil wir sonst nicht in der Lage sind, die Frage des 30jährigen Facharbeiters nach seiner Erwerbsarbeitsperspektive ausreichend und verantwortungsbewußt zu beantworten.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Hier, Herr Kollege Linssen, müssen Sie uns nicht an unsere Industriepolitik erinnern; das können wir selbst. Nur: Sie dürfen auch Ihrerseits nicht falsche Signale geben. Sie sind es doch gewesen, der leichtfertig vom Verkauf der WestLB geredet hat und noch redet. Wo wären wir wohl geblieben, wenn wir die Anteile verkauft hätten? Wo wären viele Unternehmen, die jetzt bei uns geblieben sind, mittlerweile geblieben?

(Beifall bei der SPD - Winfried Schittges [CDU]: Die Sparkassen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Im übrigen: Ihre ganze Widersprüchlichkeit - fast hätte ich ein anderes Wort benutzt - wird daran deutlich, daß Sie nach draußen offensiv den Verkauf der WestLB verkünden, intern aber gleichzeitig glücklich sind, daß Sie im Verwaltungsrat derselben sitzen dürfen. Aber gut!

(Beifall bei der SPD - Herbert Reul [CDU]: Da verwechseln Sie etwas! - Weitere Zurufe von der CDU)

Dieser Satz, die reale Wertschöpfung zu betreiben, muß Konsequenzen für unsere Industriepolitik haben. Das heißt, die Chemische Industrie

- (C) muß sicher sein können, daß wir alle Anstrengungen unternehmen, um Nordrhein-Westfalen als Chemiestandort zu erhalten und auszubauen.

Die Bio- und Gentechnologie ist eine Schlüsseltechnologie für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Ihre Möglichkeiten für den Strukturwandel und den Arbeitsmarkt nicht zu nutzen, wäre eine verpaßte Chance.

Das gilt auch für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Nordrhein-Westfalen hat alle Voraussetzungen, das technologische und programmliche Zentrum dafür zu werden.

Für den Wirtschafts- und Industriestandort ist eine dicht geknüpfte attraktive Verkehrsinfrastruktur überlebensnotwendig; ich sage das ganz deutlich. Nordrhein-Westfalen braucht über das Land verteilt ein Netz von Flughäfen, das den Ansprüchen einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und des Umweltschutzes genügt. Ansonsten ist Nordrhein-Westfalen international nicht mehr wettbewerbsfähig.

(Beifall bei der SPD)

Verehrter Herr Oppositionsführer, bleiben Sie redlich, wenn es bei diesem Punkt um die Positionsbestimmung der CDU geht - zum Beispiel in Sachen Köln.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Habe ich klar gestellt!)

Gehört denn der Professor Dr. Winfried Pinger, MdB, Ihrer Partei oder meiner an?

(Zuruf des Herbert Reul [CDU])

Ist es denn richtig, daß die Kölner CDU gestern im Rat der Stadt Köln mit der SPD gemeinsam eine vernünftige Linie gegen den erbitterten Widerstand einiger Ihrer Parteifreunde geschlossen hat?

(Zurufe von der CDU)

- Was ich sagen will, ist: Spielen Sie sich nicht als derjenige auf, der eine Partei hinter sich hat, die zu allen Problemen des Landes einheitlich und geschlossen votiert.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Habe ich, habe ich! - Herbert Reul [CDU]: Hat er, hat er!)

Dies ist nicht der Fall.

Wir haben zu bedenken: In Nordrhein-Westfalen gibt es nur eine für den interkontinentalen Luftverkehr verfügbare Start- und Landebahn, nämlich

(D)

(Matthiesen [SPD])

- (A) in Köln/Bonn. In unserem Nachbarland Niederlande dagegen wird zur Zeit die siebte interkontinentale Start- und Landebahn gebaut. Ich denke, wir sind gut beraten, wenn wir solche Entwicklungen registrieren und daraus verantwortungsbewußt Schlußfolgerungen ziehen.

Wenn es um die Stärkung des Standortes geht, meine Damen und Herren, müssen wir auch das Energieland Nummer 1 bleiben. Wir brauchen die heimische Stein- und Braunkohle. Wir brauchen einen größeren Anteil regenerativer Energien. Gerade aufgrund der Ereignisse der letzten Monate sage ich sehr deutlich auch an die Adresse der Landes-CDU: Die Verunsicherung der Bergleute in der Steinkohle muß endlich beendet werden.

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen braucht auch langfristig einen lebens- und leistungsfähigen Steinkohlenbergbau. Ihr Vorschlag, verehrter Herr Oppositionsführer, einer Halbierung der Steinkohlensubventionen das Wort zu reden,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie Herr Clement, Ihr Wirtschaftsminister!)

- (B) ist kein positiver Beitrag für die Erhaltung eines lebens- und leistungsfähigen Steinkohlenbergbaus, sondern würde einschließlich der Zuliefererindustrie einen Verlust von 85 000 Arbeitsplätzen zur Konsequenz haben. Also: Reden Sie nicht, mit Giftpfeilen auf uns gerichtet, von Arbeitsplatzvernichtungspolitik, sondern fragen Sie sich bitte, was Ihre eigenen Vorschläge bewirken würden, wenn sie denn in Nordrhein-Westfalen zum Zuge kämen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Matthiesen, wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Linssen zulassen?

**Klaus Matthiesen (SPD):** Nein, Herr Präsident.

(Dr. Helmut Linssen (CDU): Das ist aber schade!)

- Na gut, wenn Linssen das schade findet, dann bitte. - Bitte, Herr Präsident.

**Dr. Helmut Linssen (CDU):** Herr Kollege Matthiesen, würden Sie die Güte haben, dem Hause mitzuteilen, daß Ihr Wirtschaftsminister kürzlich vor

dem Energieforum in Königswinter 25 Millionen Tonnen als die notwendige Größenordnung für den Kern-Bergbau in Nordrhein-Westfalen angesehen hat und daß dies mehr als die Halbierung der Kohleproduktion ist? Würden Sie ferner bitte schön die Wirkung, die Sie in Richtung Linssen vorgetragen haben, auch in Richtung Ihres eigenen Verkehrs- und Wirtschaftsministers vortragen?

(C)

**Klaus Matthiesen (SPD):** Nein, das tue ich nicht. Das letztere würde ich schon deshalb nicht machen, weil im Unterschied zu Ihnen Wolfgang Clement mein Freund ist; das werden Sie verstehen.

Den zweiten Aspekt haben Sie bereits mehrfach angesprochen. Der Wirtschaftsminister hat schon des öfteren in Debatten des Landtages darauf reagiert und klargestellt, daß Ihre Annahme so nicht richtig ist.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

Die Braunkohle, meine Damen und Herren, ist als ein kostengünstiger heimischer Energieträger nach unserer Auffassung unverzichtbar. Die Alternative zu ihr hieße mehr Atomstrom und mehr Importkohle; diese Entwicklung wollen wir nicht. Sie wäre gegen die Interessen unseres Landes und gegen die Interessen unserer Bergleute gerichtet.

(D)

Also: Anstrengungen für neue Arbeitsplätze, der Kampf um jeden bestehenden Arbeitsplatz - gerade in der jetzigen Zeit - und für die Verbesserung der Umweltsituation mit intelligenten Methoden und unter Beachtung der ökonomisch-sozialen Zusammenhänge müssen die Markenzeichen dieser Koalition sein.

Finanzpolitische Solidität muß ebenfalls das Markenzeichen der Koalition sein und bleiben. Wir wollen die Nettokreditaufnahme auf 1 Milliarde DM im Jahre 2000 verringern; das ist ein ungeheuer ehrgeiziges Ziel. Die Koalition ist in die Legislaturperiode mit einem klaren finanzpolitischen Konzept gegangen: In jedem Jahr sollen die Ausgaben geringer als die Einnahmen wachsen, mittelfristig sollen die Personalausgaben durchschnittlich nicht über 5 % unserer Steuereinnahmen liegen, die Zinslastquote muß zurückgeführt werden, um Gestaltungsmöglichkeiten wiederzugewinnen. Wir wollen auch in den kommenden fünf Jahren grundsätzlich keine Gesetze oder Verordnungen beschließen, die Städte und Gemein-

(Matthiesen [SPD])

(A) den zusätzlich belasten. Und um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes zu bewahren, muß das Wachstum der Personalausgaben begrenzt werden. Wir werden deshalb den bereits beschlossenen Abbau von 12 000 Stellen in der Landesverwaltung so schnell wie möglich verwirklichen. Im übrigen ist vorgesehen, daß durch die Organisationsuntersuchungen, die noch ausstehen, ein weiterer Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 10 000 Stellen erbracht werden muß.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Landes unterstreicht ferner die Politik "Vorrang für Arbeitsplätze". Das ist ein deutliches Signal an Unternehmen und Arbeitnehmer, und dies werden Sie, verehrter Herr Oppositionsführer, auch nicht zerreden können. Allein im Wirtschaftsetat stehen im einzelnen für den Mittelstand rund 500 Millionen DM, für Existenzgründungen 330 Millionen DM, für die Kofinanzierung von NRW/EU-Gemeinschaftsprogrammen 400 Millionen DM, für das Technologieprogramm Wirtschaft 205 Millionen DM und über 30 Millionen DM für den weiteren Ausbau Nordrhein-Westfalens zum Medienstandort zur Verfügung.

(B) Auch in den anderen Einzeletats werden eindeutige Signale gesetzt: Bei der Wiedereingliederung von Arbeitslosen und bei der Qualifizierung der Arbeitnehmer hat Nordrhein-Westfalen seit jeher Vorbildliches geleistet. Einschließlich des EU-Anteils haben wir schon im vergangenen Jahr sage und schreibe 650 Millionen DM für Arbeitsmarktprogramme ausgegeben, und trotz der Haushaltsenge wollen wir diesen Ansatz 1996 auf 780 Millionen DM anheben. Dieser Betrag ist zu mehr als zwei Dritteln aus Landesmitteln finanziert.

Meine Damen und Herren, dies ist eine große Leistung der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen und im übrigen ein Beweis für die aktive Wahrnehmung der sozialpolitischen Interessen vieler, die von solchen Programmen betroffen sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen mit einem Bündel von Maßnahmen dafür sorgen, daß Nordrhein-Westfalen zur Nummer 1 in der Energieproduktivität, bei der Energieeinsparotechnik und beim Ausbau der erneuerbaren Energien wird. Dazu wollen wir einen wesentlichen Beitrag durch die Fortsetzung des REN-Programms leisten; hier werden rund 110 Millionen DM insgesamt zur Verfügung stehen.

(C) Wir werden auch künftig unsere Anstrengungen fortsetzen, bezahlbare Wohnungen für Familien zu schaffen. Für 1996 wird das Wohnungsbauprogramm wieder den Neubau von mindestens 27 000 Wohnungen mit einem Bewilligungsvolumen von 2,9 Milliarden DM vorsehen. Daneben werden die Mittel aus dem Landeswohnungsvermögen zur Modernisierung noch einmal um 120 Millionen DM auf 340 Millionen DM erhöht. Dies ist nicht nur ein Beitrag, preiswerten Wohnraum vor allen Dingen für Familien zu schaffen, sondern natürlich auch ein Beitrag zur Belebung der darniederliegenden Bauindustrie und Baukonjunktur.

Wir haben uns darauf verständigt, ein neues Programm für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene mit 27 Millionen DM aufzulegen. Für den Ausbau und die weitere Modernisierung des öffentlichen Personennahverkehrs stehen in diesem Jahr allein 3,1 Milliarden DM zur Verfügung.

(Heinz Hardt [CDU]: Dank des Bundes!)

Verehrter Herr Dr. Linssen, dies sind alles Fakten, die Sie vornehm verschweigen. Diese müssen aber der Öffentlichkeit gesagt und vorgestellt werden, wenn man ein redliches Bild von der Politik der Landesregierung und der Lage dieses Landes zeichnen will. (D)

(Beifall bei der SPD - Heinz Hardt [CDU]: Das zahlt doch der Bund!)

Das alles zeigt: Unsere Politik bleibt der Schaffung von Arbeitsplätzen, dem Schutz der Umwelt sowie dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Hilfe verpflichtet. Die Haushaltsberatungen beider Koalitionsfraktionen waren fair, und sie waren auch erfolgreich.

(Hört, hört! bei der CDU)

Beide Fraktionen haben sich auf gemeinsame Schwerpunkte verständigt, nämlich Arbeit zu sichern und zu schaffen und den Wirtschaftsstandort zu sichern. Dabei ist auch hier die Kombination von Arbeitsschaffung, sozialen Hilfen und Verbesserung der Umwelt wichtig.

Wir haben für Arbeitsplätze und Investitionen insgesamt 121 Millionen DM zur Verfügung gestellt, davon 30 Millionen DM für die Stadterneuerung. Wir haben für sozialpolitische Initiativen und Gleichstellungsmaßnahmen insgesamt 55 Millionen DM bereitgestellt, und da würde ich es mir nicht so einfach machen, wie Sie es sich, verehr-

(Matthiesen [SPD])

- (A) ter Herr Linssen, getan haben. Ich würde nicht so salopp formulieren, wie Sie es bezogen auf diesen Bereich gemacht haben. 7,5 Millionen DM mehr für die Drogenhilfe und damit zum Schutz unserer Jugend vor Abhängigkeit und Sucht - das ist kein hinausgeworfenes Geld, sondern verantwortungsbewußte Politik.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Geld für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" zur Verfügung zu stellen, dient den Betroffenen und entlastet unsere Kommunen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese billige Form der niedermachenden Polemik können Sie natürlich hier vorführen, aber Sie dürfen sich nicht wundern, wenn das unsere deutliche Antwort findet.

Insgesamt sind von den Koalitionsfraktionen Mehrausgaben von 208 Millionen DM beschlossen worden! Und was den Finanzminister besonders freut und freuen muß, ist die Tatsache, daß die Deckung solide finanziert ist und wir damit nicht die Nettokreditaufnahmen erhöhen.

Uns war wichtig, daß die Investitionsausgaben und die konsumtiven Ausgaben in einer vernünftigen Balance sind und bleiben.

(B)

Ich kann also feststellen: Dieser Haushalt ist insgesamt solide, und er hat klare Schwerpunkte. Ich wiederhole, was ich oft gesagt habe. Mit der Verabschiedung in dritter Lesung besteht diese Koalition ihre erste wirkliche Bewährungsprobe. Herr Linssen, Sie werden uns diesen Erfolg heute weder nehmen noch lassen wir zu, daß Sie ihn uns kaputtreden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nun haben Sie gemeint, Sie müßten, obwohl wir morgen zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde haben, das Thema der gewalttätigen Demonstrationen der kurdischen PKK hier in die Debatte einführen. Deshalb ist es, glaube ich, angemessen und auch notwendig - schon wegen der Öffentlichkeit, die uns ja zuschaut und zuhört, was ich gut finde -, wenn diese Öffentlichkeit auch die Meinung der SPD-Fraktion zu diesem Thema hört.

(Zuruf von der CDU: Auch die der GRÜNEN!)

Die SPD-Landtagsfraktion verurteilt mit aller Schärfe die gewalttätigen Aktionen der kur-

dischen PKK am vergangenen Wochenende in Nordrhein-Westfalen. (C)

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir sind zutiefst erschreckt über das Ausmaß der Gewalt von Menschen, die das ihnen gewährte Gastrecht mißbrauchen. Unser Dank gilt den Polizistinnen und Polizisten, die sich den Gewalttätern entgegengestellt haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir bedauern, daß Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte während des Einsatzes verletzt wurden. Wir verlangen, daß die Gewalttäter mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden. Wer in Deutschland Straftaten begeht, muß wissen, daß er nach deutschem Recht zur Verantwortung gezogen wird und gezogen werden muß.

(Beifall bei SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn ich dies in aller Klarheit und Deutlichkeit sage, dann will ich hinzufügen - das hat mir bei Ihnen gefehlt, und das werden wir morgen offenbar wieder einklagen müssen -, daß zu den Tatsachen auch gehört und gesagt werden muß, daß Kultur und politische Minderheitenrechte des kurdischen Volkes vom türkischen Staat seit Jahren teilweise systematisch mißachtet werden. (D)

(Beifall bei der SPD und GRÜNEN)

Die Türkei muß das ändern. Sie muß zu einer neuen Politik gegenüber den Kurden finden.

(Helmut Harbich [CDU]: Was haben wir damit zu tun? - Gegenrufe von SPD und GRÜNEN)

- Meine Damen und Herren, diesen Zwischenruf möchte ich gern aufnehmen. Er lautete nämlich: "Was haben wir damit zu tun?" - Was ist das für ein kleinkariierter Provinzialismus,

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

wenn wir erleben, daß in einem anderen Teil der Welt ein Volk unterdrückt wird und wir ihm nicht die nötige Solidarität hinsichtlich der Beendigung der schlimmen Menschenrechtsverletzungen gewähren! Was ist das für eine kleinkarierte, provinzielle Politik!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Matthiesen, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Harbich zulassen?

(Zustimmung des Klaus Matthiesen [SPD])

- Bitte schön!

**Helmut Harbich (CDU):** Herr Matthiesen, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß ich im vergangenen Jahr bei der Sperrung der Autobahn bei Augsburg durch diese Demonstrationen vier Stunden eingeklemmt war?

(Lachen bei den GRÜNEN)

Und mit mir waren das Tausende von Ferienreisende. - Ich frage Sie jetzt: Was hat die deutsche Bevölkerung damit zu tun,

(Zurufe von den GRÜNEN)

daß sie hier blockiert wird? Ist das eine noch zulässige Demonstration? Ist diese Belästigung noch zulässig, auch unter Berücksichtigung der von Ihnen angeführten Verletzungen seitens der türkischen Regierung?

(Ministerin Bärbel Höhn: Sie machen das jetzt noch schlimmer!)

(B)

**Klaus Matthiesen (SPD):** Ich habe das Notwendige dazu gesagt und werde gleich noch einige zusätzliche Punkte sagen.

Ich will gern hinzufügen, daß wir nicht dulden werden, daß in Deutschland eine zweite Front für terroristische Aktionen oder Rechtsverletzungen eröffnet wird.

(Beifall bei der SPD)

Insoweit verstehe ich jedermanns Betroffenheit, weil ich persönlich auch betroffen bin. Aber das wird mich als verantwortungsbewußten Politiker nie daran hindern dürfen, die volle Wahrheit zu sagen,

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

und zur vollen Wahrheit gehört, daß wir auf die schlimme Situation des kurdischen Volkes in der Türkei immer wieder und neu hinweisen müssen. Die PKK hat den berechtigten Anliegen der Kurden nach meiner Auffassung schweren Schaden zugefügt,

(Beifall bei der SPD)

und sie schadet allen in Deutschland um Asyl nachsuchenden Menschen, die in ihrer Heimat aufgrund ihrer politischen Überzeugung um Leib und Leben fürchten müssen. (C)

Wenn wir im Fernsehen live die gewalttätigen Aktionen der PKK erleben müssen, dann nehmen das Rechtsempfinden und das Sicherheitsgefühl der deutschen Bevölkerung schweren Schaden. Auch das haben wir mit zu bedenken. Aber die allermeisten der 500 000 in Deutschland lebenden Kurden sind friedlich, und sie wollen in Frieden in Deutschland leben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir fordern die Kurden in Deutschland auf, die PKK zu isolieren und mit den deutschen Behörden zusammenzuarbeiten. Nur so kann erreicht werden, daß die berechtigte Forderung des kurdischen Volkes nach mehr Autonomie und Einhaltung der Menschenrechte weiterhin die Zustimmung einer großen Bevölkerungsmehrheit in Deutschland findet. Die Gewalttäter haben dagegen ihr Gastrecht in unserem Land verwirkt. Sie müssen bestraft und nach Recht und Gesetz auch abgeschoben werden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Nun, verehrter Herr Oppositionsführer, haben Sie allgemein über Gewalt geredet. Ich will dazu nur zwei Bemerkungen machen. (D)

Es ist wahr und erschreckend zugleich, daß wir, in den letzten Jahren verstärkt spürbar, einen starken Verlust von Hemmschwellen haben. Ich wehre mich dagegen, daß wir es uns so einfach machen und die Verantwortung für die Einhaltung menschlicher Umgangsformen und der Normen unserer Gesellschaft den Schulen übertragen und damit den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Polizistinnen und Polizisten.

Natürlich haben sie nach Recht und Gesetz sowie ihrer Funktion entsprechend ihre Rolle zu spielen. Aber wenn wir als Politiker eine Debatte darüber führen, müssen wir danach fragen, welche gesellschaftlichen Bedingungen zu solchen Fehlentwicklungen führen und wo dies geschieht.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich bin erschrocken, daß ich dazu nichts von Ihnen höre. Sie hätten sich zumindest nachdenklich fragen können, ob diese Entwicklung nicht auch damit zusammenhängen könnte, daß immer mehr Menschen das Gefühl haben, sie hätten zu wenig

(Matthiesen [SPD])

- (A) Aussichten im Sinne der Teilhabe an den sozialen und gesellschaftlichen Chancen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn dem so ist, dann ist es neben der erzieherischen Aufgabe in der Schule sowie der Ordnungsfunktion der Polizei vor allen Dingen eine gesellschaftspolitische Aufgabe für die Politik. Sie sprechen davon, Politiker sollten Vorbild sein. Dem kann ich nur entgegenhalten: Herr Oppositionsführer, fangen Sie damit an, indem Sie im Gegensatz zu dem, was Sie heute geboten haben, demnächst solche Themen hier im Landtag ganz anders und bitte schön differenziert, sensibel und sehr verantwortungsbewußt behandeln.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen! Meine Herren! Noch ganz wenige Schlußbemerkungen: Angesichts der ökonomischen und sozialen Krise - das ist meine feste Überzeugung - braucht Deutschland einen nationalen Aufbruch. In Nordrhein-Westfalen müssen wir eine gewaltige Kraftanstrengung unternehmen. Gerade in dieser Zeit braucht unser Land den Willen und die Fähigkeit zur Reform, Klarheit in der Sache, Berechenbarkeit im Handeln und Verlässlichkeit in den Entscheidungen. Die SPD-Fraktion wird mit dafür sorgen, daß Klarheit, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit die Merkmale der Landespolitik sind und bleiben.

(B)

Unser Ministerpräsident Johannes Rau und sein Kabinett haben unsere Unterstützung bei der Lösung der schwierigen Zukunftsaufgaben. Sie können sich auf uns verlassen.

Unser Land, meine Damen und Herren, hat eine gute Zukunft, wenn wir gemeinsam verlässliche und zugleich reformerische Arbeit leisten und dabei nie vergessen, daß wir zuallererst den Menschen, ihren Sorgen und Problemen verpflichtet sind. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Appel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Roland Appel (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Verabschiedung des Landshaushalts 1996 geht die vor acht Monaten geschlossene Koalition von BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und Sozialdemokratischer Partei in Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Schritt voran, um dieses Land ökologisch und ökonomisch zu erneuern.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir realisieren das, was Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung am 13. September 1995 als Konsens der Koalitionsparteien, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, festgehalten hat:

"Wir werden die wirtschaftliche Kraft unseres Landes stärken und so dazu beitragen, daß neue Arbeit entstehen kann und daß bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Wir wollen nachhaltiges Wirtschaften fördern, ein qualitatives Wachstum, das ökologische Belastungen von vornherein vermeidet."

Nach diesem Haushalt sind wir dazu auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das ist nicht einfach; denn die Rahmenbedingungen, unter denen die erste rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen in Regierungsverantwortung steht, sind alles andere als günstig: Wir haben eine offene und eine verdeckte Rekordarbeitslosigkeit in Deutschland von bis zu 6 Millionen Menschen. Wir haben allein in Nordrhein-Westfalen nach neuesten Meldungen 843 000 Arbeitslose. Dieser Tatsache stellen wir uns, indem wir alle Möglichkeiten des Landes nutzen, um gemeinsam gegenzusteuern.

(D)

Viele Bundesländer haben eine Finanzkrise. Am schlimmsten trifft es den Bund. Die Koalition in Bonn rechnet mit Steuermindereinnahmen des Bundes in diesem Jahr von 6 bis 6,5 Milliarden DM, die aufgrund der schlechten Konjunktur wahrscheinlich noch erheblich steigen werden. Man kann es auch so sagen, Herr Linssen: Der Herr Waigel ist pleite!

Und dann präsentiert er dem Haushaltsausschuß des Bundestages auf einem Presse-Zettel angebliche Erlöse von 9 Milliarden DM aus Verkäufen des Tafelsilbers. Soviel zur Haushaltspolitik der Union, die sich hier als Retterin von Nordrhein-Westfalen, seiner Wirtschaft und seiner Finanzen aufspielt.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Auch Sie, Herr Linssen, haben Forderungen gestellt, und wir haben Ihnen anhand er Haushalts-



(Appel [GRÜNE])

(A) zahlen nachgewiesen, daß Sie 600 Millionen DM mehr ausgeben wollen, als über den Haushalt zur Verfügung stehen. Das ist unsolide. Das ist Ihre Politik, Herr Linssen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Dieser Herr Waigel steht neben unserem Finanzminister Schleußer wie der Pfuscher neben dem soliden Handwerksmeister.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

Und Sie, Herr Linssen, leisten Hilfsarbeiten für die Pfuscherkolonne in Bonn.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klöse:** Herr Kollege Appel, Sie benutzen das Wort "Pfuscher" für einen Politiker, der hier nicht präsent ist. Ich bitte Sie, Ihre Redeweise so einzurichten, daß das parlamentarisch auch vertretbar ist.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Aber wenn es doch wahr ist!)

(B) **Roland Appel (GRÜNE):** Herr Präsident, ich werde es versuchen und mir Mühe geben. Aber, Herr Linssen, wie es nun einmal auf dem Bau zugeht: Ihr Chef in Bonn gibt Ihnen hin und wieder einen ordentlichen Ruffel. In dieser Sache kann ich Helmut Kohl ausnahmsweise einmal gut verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Landeshaushalt 1996 dieser Landesregierung und seines Finanzministers ist solide. Die Landesregierung von GRÜNEN und Sozialdemokraten hat von Anfang an einen eindeutigen Konsolidierungskurs gesteuert, der die Nettokreditaufnahme bis zum Ende der Legislaturperiode auf 1 Milliarde DM zurückführen wird, wenn nicht noch unternehmerische Fehlentscheidungen vom Kaliber der DASA-Pleite auch in Zukunft die nordrhein-westfälischen Haushalte belasten werden.

Denn dem auf unternehmerischen Sand gebauten Rüstungskonzern und seiner Pleite und dem damit verbundenen Verlust von 5 Milliarden DM bei Daimler-Benz haben wir es in Nordrhein-Westfalen nämlich zu verdanken, daß sich Baden-Württemberg 1997 aufgrund der erheblichen Steuerausfälle aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich wahrscheinlich verabschieden wird. Und das bedeutet für Nordrhein-Westfalen eine zusätzliche Bela-

stung, die wir nur mit einer klugen, einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik wieder auffangen können. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die private Kaufkraft derzeit auf Bundesebene nicht in der Lage ist, der gegenwärtig schwachen Konjunktur neue Impulse zu geben, dann hat das natürlich damit zu tun, was Ihre schwarz-gelbe Politik in Bonn als Folge immer drastischerer Umverteilungspolitik von unten nach oben in den letzten Jahren angerichtet hat.

In Westdeutschland besitzen rund 50 % aller privaten Haushalte nur 9 % des gesamten Nettogeldvermögens. Dagegen entfällt auf nur 5,5 % der Haushalte fast ein Drittel des gesamten Nettogeldvermögens. Diese ungerechte Verteilung, die fast zehn Millionen Menschen an oder gar unter die Armutsgrenze gebracht hat, ist der wahre Erfolg Ihrer schwarz-gelben Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bonn.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Und dann stellen Sie sich hier hin und behaupten, rot-grüne Politik würde Arbeitsplätze gefährden. Ich sage Ihnen: Die wahren Jobkiller sitzen in Bonn. (D)

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Die wahren Jobkiller sitzen in Ihren Landesregierungen unter schwarzer Führung. Oder sagen Sie mir doch einmal, Herr Hardt: Ist es nicht Baden-Württemberg, das seit 40 Jahren mit kleinen wechselnden Koalitionen schwarz, pechschwarz regiert wird? Und Baden-Württemberg hat in den letzten vier Jahren 220 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert - vernichtet, Herr Hardt!

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Und es ist doch das rot-grüne Hessen, das Baden-Württemberg bei Wachstum, Bruttosozialprodukt und Beschäftigung überflügelt hat und mit NRW und Bayern zusammen das einzige Bundesland ist, das noch in den Bund-Länder-Finanzausgleich einzahlt, und zwar kräftig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb, Herr Linssen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD machen es sich nicht so leicht wie Sie. Vor dem Hintergrund dieser Sorge haben wir auch unterschiedliche Ansichten in Einzelfragen und unterschiedliche Meinungen, auf welchem Wege

(Appel [GRÜNE])

- (A) wir das gemeinsam beabsichtigte und geförderte qualitative Wachstum durch nachhaltiges Wirtschaften erreichen wollen. Das ist doch der wirkliche Hintergrund, um den es geht und vor dem die Koalition in den letzten Wochen um den richtigen Weg in der Wirtschaftsförderung und Verkehrspolitik gestritten hat. Im Ziel sind wir uns doch immer und jederzeit einig gewesen. Und das lassen wir uns von Ihnen auch nicht anders einreden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage auch selbstkritisch an die eigene Adresse: Dies geschah vielleicht nicht immer mit den richtigen Strategien, Mitteln und Zwischentönen, aber es ging beiden Koalitionspartnern um eine ernsthafte Überzeugung. Es ist richtig: Die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit dieser Koalition ist ein hohes Gut und schafft Vertrauen in der Wirtschaft und bei Bürgerinnen und Bürgern. Die Koalition wird daran gemessen, inwieweit sie einmal gegebene Zusagen an Dritte einhält. Das ist richtig. Aber sie wird auch daran gemessen, wie die Koalitionspartner die miteinander vereinbarten Zusagen einlösen. Das eine geht nicht ohne das andere.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben am vergangenen Wochenende eine für viele schmerzhaft und engagierte Diskussion geführt, die auch manche Enttäuschung über die Koalition deutlich gemacht hat. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Der eine oder die andere wurden dabei verletzt. Dem liegen auch herbe Enttäuschungen und die Einsicht zugrunde, daß dies in der Weise allen Beteiligten kein zweites Mal zumutbar sein wird.

Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat entschieden, die Koalition fortzusetzen, weil mit diesem Haushalt der Einstieg in eine reformpolitische Perspektive von Arbeit, Umwelt, Frauenpolitik und Bürgerrechten geschaffen wurde, weil wir wissen, daß Nordrhein-Westfalen kein Modell ist, aber einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann, daß in den Köpfen der Menschen eine andere Idee als Ellenbogengesellschaft, Ressourcenverschwendung und der Abbau von Grund- und Freiheitsrechten Gestalt annehmen kann,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und weil wir wissen, daß mehr als 10 % der Menschen, viele GRÜNE und viele Sozialdemokraten, in diesem Land Rot-Grün nicht für einen Betriebs-

unfall beim Abstempeln einer Zehnerkarte für absolute Mehrheiten halten. (C)

Und damit komme ich wieder zu Herrn Linssen. Nur schlichte Gemüter behaupten, einfache Antworten auf komplizierte wirtschaftliche Fragen zu wissen. Die GRÜNEN haben Sie zu Unrecht als Jobkiller ausgemacht. Aber weil wir uns die Situation nicht leichtmachen, gehört es natürlich dazu - und das ist eine Stärke dieser Koalition -, wenn wir uns um das Ziel der Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit in einzelnen Fragen bemühen und auch ein bißchen näher hinschauen, als es Herr Linssen in seiner Rede getan hat.

Sie von der CDU tun doch statt dessen nichts anderes, als das Wirtschaftsland Nordrhein-Westfalen ständig herunterzureden und fahrlässig jeden Antrag im Landtag danach zu stellen, wo Sie meinen, einen Keil zwischen die Koalitionspartner zu treiben.

(Zurufe der Abgeordneten Leo Dautzenberg [CDU] und Regina van Dinther [CDU])

Und Sie betreiben dieses Ziel nur als reinen Selbstzweck.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen das nachweisen, Frau van Dinther. Da verwandeln Sie sich plötzlich zum glühenden Block der Befürworter von Garzweiler II, obwohl Ihre CDU-Fraktion noch ein halbes Jahr vorher (D)

(Zuruf der Regina van Dinther [CDU])

gegen den Beschluß der damaligen SPD-Landesregierung gestimmt hat. Damit haben Sie überhaupt kein Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da stellen Sie Anträge und Forderungen, die Teile der Politik der GRÜNEN enthalten, die Sie früher vehement bekämpft haben, nicht aus Überzeugung, sondern weil Sie im Koalitionsvertrag etwas gelesen haben und meinen, der Kompromiß würde anders lauten. Da stellen Sie Anträge, mit denen Sie den Eindruck erwecken wollen, auf seiten der Lärmschutzinitiativen rund um den Kölner Flughafen würde die CDU stehen - Anträge, die, würden sie verwirklicht, fast die gesamte Luftfrachtflotte der Unternehmen UPS und TNT an der Landung in Köln hindern würden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie stellen sie hier in scheinheiligem Bewußtsein hin, begründen Ihren Antrag für die 75 Dezibel-

(Appel [GRÜNE])

(A) Grenze und vergießen ein paar Tage später Krokodilstränenen darüber, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten einen Luftfrachter vertrieben. Ich kann dazu nur sagen: Krokodil, dein Name sei Linssen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Den Antrag auf Zulassung allein lärmreduzierter Maschinen haben Sie bis heute nicht zurückgezogen. Statt dessen behaupten Sie, GRÜNEN-Politik sei für die Entscheidung von TNT, nach Lüttich zu ziehen, verantwortlich. Herrn Linssen hat das hier wieder getan.

Dabei räumt selbst das Unternehmen ein, im vergangenen Jahr ein Gutachten in Auftrag gegeben zu haben, dessen Ergebnis schon im Dezember vorlag. Und das besagte, daß Lüttich mit Subventionen der EU und des belgischen Staates in Höhe von 300 Millionen DM in einer Region mit 20 % Arbeitslosigkeit gefördert wird, daß TNT dort den eigenen Frachtterminal bekommt, der ihm von der Kölner Flughafengesellschaft, deren Aufsichtsrat schwarz dominiert ist, versagt wurde.

Interessant ist übrigens, daß der "Kölner Stadt-Anzeiger" am 15. März meldet, daß TNT Express, ein Schwesterunternehmen, von Porz nach Frechen zieht, dort massiv investiert und im ersten Zug 100 neue Arbeitsplätze schafft. Daß Sie, Herr Linssen, den GRÜNEN alles Schlechte in die Schuhe schieben wollen, ist billig.

(B)

Daß Herr Wilfried Pinger MdB, seines Zeichens langjähriger Vorsitzender der Kölner CDU-Mittelstandsvereinigung, den Weggang von 500 - so wörtlich - "Aushilfsarbeitsplätzen" in einem Brief an die Bürger des Rhein-Sieg Kreises abfeiert, zeigt, wie windig Sie hier argumentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist Ihre Doppelzüngigkeit, ihre mangelnde Seriosität, Herr Linssen. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande haben das längst durchschaut.

Was haben Sie in den letzten Wochen für Verbeugungen gemacht, sich angedient - auch in der Rede heute wieder -, Verantwortung übernehmen zu wollen, Tolerierung haben Sie der SPD angeboten, eine große Koalition, welche Verrenkungen und Verbiegungen!

(Gisela Nacken [GRÜNE]: Der Herr Linssen ist gerade leider nicht da!)

Ich wünsche Ihnen alles Gute, daß Sie nicht ausrutschen auf der Schleimspur, auf der Sie versucht haben, zur Macht in Düsseldorf zu kriechen.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten es lieber mit ernsthaften Alternativen aus der Opposition heraus versuchen. Ich sage Ihnen aus eigener Erfahrung der GRÜNEN: Das geht.

Das geht theoretisch, denn wir werden natürlich alles tun, um zu verhindern, daß Sie das können. Ich denke, daß die Zeichen dafür auch gut stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir wissen, daß es keine Patentrezepte in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gibt und vor allen Dingen keine einfachen Antworten nach dem Strickmuster, wie sie uns Herr Linssen serviert hat, möchte ich zu den konkreten Erfordernissen und zu den konkreten Erfolgen dieses Haushaltes kommen:

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten müsse die Ökologie zurückstehen; das behauptet die CDU landauf, landab. Wir sagen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Und dieser Haushalt enthält die richtigen Schritte, um in den ökologischen Umbau einzusteigen, zum Beispiel 25 Millionen DM für Investitionen in erneuerbare Energien, 15 Millionen DM für das Projekt "Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene", aber auch innerhalb des 1,2 Milliarden DM umfassenden Wirtschafts-etats sind 324 Millionen DM für eine Gründungs-offensive enthalten.

(D)

Wir wollen nicht mit der Gießkanne des Subventionssegens über das Land gehen, sondern gezielt unternehmerische Initiative in Zukunftsarbeitsplätze fördern. Und diese liegen ganz überwiegend im Bereich der technischen und ökologischen Erneuerung.

Sie scheinen jedenfalls nicht gemerkt zu haben, daß in Deutschland dank der Politik Ihrer Bundesregierung inzwischen der Trend so aussieht, daß unser Land als Exporteur von Umwelttechnologien auf dem Weltmarkt zurückfällt. So konnte man in der "Welt", einer Zeitung, die ja Herrn Kohl gegenüber nicht gerade oppositionell eingestellt ist, am 27. Februar dieses Jahres die neueste Statistik des Anteils der Umwelttechnik am Weltmarkt entnehmen. Da steht, daß Deutschland von 20,8 % auf 18,4 % gesunken ist und von den Vereinigten Staaten, die ihren Anteil im gleichen Zeitraum um 1,3 % auf 19,3 % gesteigert

(Appel [GRÜNE])

(A) haben, überflügelt worden ist - und dies in einem Bereich, von dem Bundesforschungsminister Rüttgers noch vor wenigen Wochen im Bundestag gesagt hat, daß sich die weltweite Nachfrage nach Umwelttechnologie in den nächsten fünf Jahren verdoppeln wird.

Angesichts dieser Tatsachen frage ich Sie, wie Sie eigentlich dazu kommen, Umweltschutz als Jobkiller zu bezeichnen, wie Sie eigentlich dazu kommen, uns in die Ecke zu stellen, als würden wir uns nicht bemühen, gerade zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat doch mit Realität überhaupt nichts mehr zu tun.

Es ist die Pflicht der Landesregierung - auch in dieser Koalition -, um jede Mark im Haushalt zu kämpfen, damit sie in Zukunftstechnologien fließt. Dieser Landesregierung ist es aber auch gelungen - darin sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen wichtigen Schritt zum positiven Strukturwandel -, erstmals 30 Millionen DM als Meister- und Meisterinnengründungsprämie und weitere 40 Millionen DM für die Zinssubventionierung von kleinen und mittleren Unternehmen auszubringen und damit vom jahrelangen Kurs der Subventionierung veralteter Großtechnologien in Richtung auf den Bereich der kleinen- und mittelständischen Wirtschaft umzulenken, wo Innovation am intensivsten stattfindet. Darauf sind wir besonders stolz.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Meister- und Meisterinnengründungsprämie unterstützt in unbürokratischer Weise den Nachwuchs im Handwerk. Wer sich selbstständig macht und Arbeitsplätze schafft, bekommt 20 000 DM Starthilfe.

Jeder zweite arbeitslose Mensch im Wirtschaftsraum Rhein-Ruhr könnte bis zum Jahr 2000 wieder eine Stelle finden, so schrieb gestern Prof. Erich Staudt, Chef des Instituts für angewandte Innovationsforschung in der "Neuen Ruhr-Zeitung".

Er sieht bei gezielter Beratung kleiner Unternehmen bis zu 100 000 Arbeitsplätze vor allem im Handwerk. Genau in diese Richtung beratend tätig zu werden und genau in diese Richtung Mittel einzusetzen, ist Ziel unserer Initiative der örtlichen und regionalen wirtschaftspolitischen Innovation. Das ist richtig so.

Wir fördern Frauenarbeitsplätze durch ein Existenzgründerinnenprogramm, das die spezifische Situation von Frauen bei der Existenzgründung berücksichtigt. Mit der Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen in Handwerk und Technik", für die wir 1996 4 Millionen DM vorgesehen haben, wird das Interesse von Mädchen und jungen Frauen an gewerblich-technischen Berufen gefördert. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer wissen schon heute, Mädchen sind genauso gut wie Jungs, meistens sogar besser. Noch mehr Arbeitgeber wollen wir davon überzeugen.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD haben sich darüber hinaus zum flächendeckenden Ausbau der Regionalstellen Frau und Beruf verständigt, wofür die Mittel im Haushalt mehr als verdoppelt werden. Auch das ist ein wichtiger Schritt, in unserer Gesellschaft zur Gleichberechtigung und zur gleichen Teilhabe zu kommen.

Wir fördern Maßnahmen, um vorwiegend Frauen aus ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen in den zweiten und ersten Arbeitsmarkt und vor allen Dingen ins Sozialsystem hineinzuhelfen. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag gerade angesichts der Tendenz zur Vermehrung von Billigarbeitsplätzen und zur Vermehrung von ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Koalitionsfraktionen haben für ein Innovationsprogramm Forschung 6 Millionen DM investiert und finanzieren ein Programm "Soziale Betriebe", die nach zwei Jahren wirtschaftlich arbeiten sollen, über fünf Jahre mit insgesamt 125 Millionen DM. Wir sind damit bundesweit vorbildlich.

Wir haben darüber hinaus in den Haushaltsberatungen der Regierungsfaktionen 18 Millionen DM für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" ausgebracht, das versucht, die Ärmsten der Armen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückzubringen.

Was aber macht die CDU? Sie pflegen in diesen Tagen Vorurteile wie: "Rot-Grün kostet Arbeitsplätze", "Rot-Grün ist schlecht für unser Land", "Rot-Grüne sind Jobkiller". Das sagen die Vertreter einer Partei, die es im Bund geschafft hat, die Arbeitslosenzahl von 1,8 Millionen zum Ende der Regierung Helmut Schmidt auf 4,9 Millionen am Ende der Ära Kohl hochzukatapultieren!

(Lebhafter Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(Appel [GRÜNE])

- (A) Da faseln Sie immer noch von zu hohen Umweltauflagen und Investitionshemmnissen, bloß um davon abzulenken, wohin das, was Sie als Wirtschaftspolitik für richtig halten, führt.

In Wirklichkeit ist es doch so, daß eine der größten Messen, nämlich die "Entsorga" in Köln, die dieser Tage eröffnet worden ist, den Eindruck einer Wachstumsbranche bietet, die volkswirtschaftlich ihresgleichen sucht.

In Deutschland bietet der Umweltsektor schon 700 000 Menschen Lohn und Brot, mehr als zum Beispiel die gesamte Chemieindustrie. Dies hat die Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bundesregierung bereits 1993 bestätigt. Während die Automobil-, die Chemie- und die Stahlbranche, ja neuerdings sogar die Elektrotechnik Arbeitsplätze abbauen, erwartet das DIW für das Jahr 2000 mehr als eine Million Arbeitsplätze im Umweltsektor. Umweltschutz ist nicht Jobkiller, sondern Jobknüller!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN - Beifall bei der SPD)

Angesichts dieser Tatsachen muten manche Stellungnahmen von Unternehmerverbänden in diesen Tagen allerdings seltsam an, die - wie Sie ja auch - die Ökologie als Störfaktor der Wirtschaft hinstellen. Viele Unternehmer sehen das übrigens völlig anders. Sie wissen, daß Ressourceneinsparung, Energieeinsparung, Abfallvermeidung und -verwertung nicht nur ökologisch notwendig, sondern zugleich kostenreduzierend wirken.

- (B) Kostenreduzierend wirken sich auch Ökoabgaben aus, wenn sie reinvestiert werden. Das Kabinett hat gestern ein Gutachten in Auftrag gegeben, mit dem die weitere Einführung von Ökoabgaben geprüft werden soll. Wir sind optimistisch, daß das Ergebnis in Zukunft dafür sorgen wird, daß der notwendige ökologische und ökonomische Umbau noch schneller vorankommen wird und daß damit noch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Reinvestition dieser Abgaben hat positive Effekte. Schon in diesem Haushalt können wir sehen, daß wichtige Maßnahmen schneller vorankommen, weil entsprechende Finanzmittel eingegangen sind.

Die Landesregierung hat mit dem Programm "Zukunftsinvestition Arbeit und Umwelt" Maßnahmen in Höhe von 13,1 Milliarden DM in dieser Legisla-

turperiode vorgesehen. An den umfangreichen Maßnahmen sind Umwelt-, Wirtschafts-, Bauministerium und die Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport beteiligt. Damit werden wichtige programmatische Schwerpunkte gesetzt, Arbeit und Umwelt verbunden und Beiträge für ein nachhaltiges Wirtschaften geleistet.

Wir meinen, das ist ein gutes Zeichen. Wir meinen, daß Rot-Grün gut ist für dieses Land und gut ist für Arbeitsplätze!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen dies auch in einem zukunftssicheren innovativen Verkehrssystem. Mit der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchgesetzten Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und der Reduzierung des Straßenneubauetats auf 130 Millionen DM wird ein deutliches Zeichen für eine Verkehrswende in Nordrhein-Westfalen gesetzt. Nordrhein-Westfalen wird 1996 erstmalig in der Lage sein, den 30 von der Stilllegung bedrohten Bahnstrecken im Land Zeit zu verschaffen und diese Zeit zu nutzen, um ein innovatives Güternahverkehrsnetz der Region einzurichten und damit Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fördern massiv den öffentlichen Personennahverkehr und auch - Sie haben es gehört und abgefeiert -, aber nicht nur, den Radwegebau.

Diese Veränderungen wie auch die bisherige Arbeit der Umweltministerin zeigen, daß die Umweltpolitik in dieser Landesregierung und im Haushalt einen herausragenden Stellenwert hat. Wir haben dafür gesorgt, daß an vielen Standorten geplante Müllverbrennungsanlagen und Sondermülldeponien nun nicht mehr gebraucht werden.

Es gibt eine Stärkung des Naturschutzes, und es gibt neue Perspektiven für den ökologischen Landbau. Wir holen den Biolandbau aus der alternativen Nische heraus und machen ihn wettbewerbsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Landesregierung hat mit Energiesparmaßnahmen und der Förderung alternativer Energieträger Ernst gemacht. Ich erinnere an die Tatsache, daß ab 1998 Niedrigenergiehäuser Standard in der Landesförderung sein werden.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, die sogenannte Standortdiskussion treibt mitunter seit-

(C)

(D)

(Appel [GRÜNE])

- (A) same Blüten. Da kann man in der Zeitschrift "Markt und Mittelstand", Ausgabe 3/1996, folgendes lesen - ich zitiere -:

"Stellen Sie sich vor, Sie kommen am nächsten Montag in Ihr Unternehmen - und kein Mensch ist da: Der Marketingleiter hat gerade seine vierwöchige Jahreskur angetreten, bei der alleinerziehenden Sekretärin ist das Kind an Scharlach erkrankt, der Produktionschef hat sich beim Freeclimbing die Schulter gebrochen, und sein Stellvertreter mußte in seiner Funktion als Gesamtbetriebsrat nach Monaco (!) reisen. Der Rest der Mannschaft macht zufällig am gleichen Tag blau."

So wird da geschrieben. Dieses Horrorszenario, so heißt es weiter, sei keineswegs übertrieben, denn statistisch kämen auf jeden Deutschen schon heute 21 Krankheitstage im Jahr. Im "Freizeitpark Deutschland", heißt es dann an anderer Stelle, sinke die Arbeitsmoral, herrsche "Unterschlupf- und Sicherheitsmentalität". Der Autor empfiehlt dann eine Runderneuerung des Sozialsystems, des Unternehmerbildes usw.

- (B) Ich denke, es ist bei dieser Gelegenheit hilfreich, einmal zur Kenntnis zu geben, in welchen Kategorien manche Leute, die von "Standort" reden, denken und welche Absichten sie wirklich damit verbinden. Hier ist nicht Umbau des Sozialstaates, sondern Abbau gemeint. Hier ist die Verkehrung der Verhältnisse gemeint. Hier sind Leute am Werk, die ernsthaft darangehen, die Axt an unser soziales Sicherungssystem zu legen. Da werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich war entsetzt, als zu Beginn der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen der Präsident der Nordrhein-Westfälischen Arbeitgeberverbände - ich halte ihn für einen seriösen Mann, auch der Verband ist seriös -, Dr. Jochen Kirchhoff, landesweit eine Broschüre unter dem Titel "Grüne Ausichten" verteilen ließ, die vor Unrichtigkeiten und ideologisch gefärbten Wertungen nur so strotzte.

Herr Kirchhoff hat inzwischen Teile der Studie zurückgezogen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln hat sich für die Unrichtigkeiten entschuldigt. Ich akzeptiere das, aber ich sage auch:

Standortdiskussionen als Versuch, noch mehr Umverteilung von unten nach oben zu betreiben und das soziale Sicherungssystem zu schleifen, zahlen sich nicht aus. Sozialer Friede und Demo-

kratie sind nach wie vor die wichtigsten Standortfaktoren in Deutschland. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vielleicht wäre es historisch angebracht, hier Henry Ford sinngemäß zu zitieren. Er hat einmal gesagt: Autos können keine Autos kaufen. Herr Linsen hat eben das Beispiel mit dem Fiesta gebracht. Es mag ja richtig sein, daß der Fiesta in Portugal oder Spanien etwas billiger zu produzieren ist als hier. Aber ich frage: Warum denn? Weil die Löhne niedriger sind und weil deswegen weniger Menschen dort weniger Fiestas kaufen können. So wird ein Schuh daraus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse des Sozialhaushaltes dieser Landesregierung ein großer Erfolg. Sie widersprechen den Zeichen des Sozialabbaus, die die Herren Blüm und Seehofer in trauerer Gemeinsamkeit im Bund setzen.

Der nordrhein-westfälische Sozialhaushalt hat deutliche Akzente zur Arbeitsbeschaffung durch die Refinanzierung von EU-Arbeitsmarktprogrammen in erheblicher Höhe gesetzt. Der Löwenanteil der Mittel geht in die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Damit ist ein erster Schritt getan, die Reformaufgabe anzugehen, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. (D)

Mit "Arbeit statt Sozialhilfe" und den sozialen Betrieben zeigen wir, daß das geht und daß auch die Gesichtspunkte der Sicherung von Einkommen oberhalb des Sozialhilfeniveaus und die Verbesserung von Teilhabechancen von Frauen mit Kindern hierbei besondere Berücksichtigung finden. Auch das gehört zur Sicherung von Grund- und Freiheitsrechten in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einigen Jahren wird es leider manchmal schon als Normalität hingenommen, daß in Fußgängerzonen, Unterführungen und Bahnhöfen unserer Städte Obdachlose und wohnungslose Menschen in menschenunwürdigen Umständen leben müssen. Sicher kann ein Land allein wenig tun, um dem sozialen Elend, das diesen Umständen zugrunde liegt, die Ursache zu nehmen.

Rot-Grün heißt aber auch für diese Menschen, daß erstmalig ein eigener Haushaltstitel mit 4 Millionen DM eingestellt wird, um neben der Einrichtung von Fachstellen für Wohnungsfragen ein Programm gegen Obdachlosigkeit aufzulegen und

(Appel [GRÜNE])

(A) dabei insbesondere Frauen und jungen Erwachsenen den Weg aus der Obdachlosigkeit in das Obdach zurück zu ebnen.

Dem Schutz von Minderheiten - das ist keine Klientelpolitik, Herr Linssen -

(Beifall bei den GRÜNEN)

und der Erweiterung ihrer Rechte haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD in ihrer Koalitionsvereinbarung einen hohen Stellenwert eingeräumt. Dazu gehört es auch, daß die soziale Teilhabe dieser Gruppen verbessert und gesichert wird.

Im Koalitionsvertrag haben wir festgehalten, daß bis 1997 die Eckpunkte der Behindertenpolitik weiterentwickelt werden. Für modellhafte Projekte zur sozialen Integration von Menschen mit Behinderungen wird in unserem Land eine Menge getan. Dazu gehört auch, daß neue Wohnformen für ältere und pflegebedürftige Menschen außerhalb der Heime erprobt werden. Ich denke, das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit wollen wir neue Angebote für ein selbstbestimmtes Leben außerhalb der Heime zum Beispiel in Altenwohngemeinschaften ermöglichen. Darüber hinaus werden wir die Menschen qualifizieren, die den Alten dabei helfen.

(B) In einer großen Anstrengung der Koalitionsfraktionen ist es gelungen, bei der Altenerholung und -selbsthilfe die vorgesehene Kürzung um 30 % zurückzunehmen. Das mögen kleine Punkte sein, genauso wie die Frage der Unterbringung der Menschen in gemeindenahen psychiatrischen Einrichtungen.

Das mag Ihnen vielleicht wie Klientelpolitik erscheinen. Wenn Sie das Klientelpolitik nennen, liegen Sie bei mir richtig. Dann machen ich gerne Klientelpolitik und stehe auch dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegensatz zur Bundesregierung, die seit Jahren die finanziellen Hilfen und Forschungsmittel im Bereich der AIDS-Hilfen und der HIV-Forschung zurückdreht, wird das Land 1,5 Millionen DM zusätzlich zur Förderung von Maßnahmen der zielgruppenspezifischen Prävention, Beratung und Pflege bereitstellen.

Die Gefahren von HIV und AIDS sind gegenwärtig. Sie sind im Bewußtsein der Menschen zum Teil verdrängt, aber sie sind angesichts der immer noch steigenden Zahl von Infizierten aktueller

denn je. Jeder HIV-Infizierte und AIDS-Erkrankte braucht unsere Solidarität. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann es an dieser Stelle nicht verstehen, daß wir als Land das sozialpolitisch Mögliche tun, daß es aber die Bundesregierung weiterhin nicht für nötig hält, die dringenden familien- und rechtspolitischen Entscheidungen zu treffen, um insbesondere homosexuellen Paaren, bei denen ein Partner der Lebensgemeinschaft an AIDS erkrankt ist, die gleichen sozialen und familienrechtlichen Sicherungen zu geben, wie sie heterosexuellen Beziehungen vorbehalten sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

AIDS- und Krebserkrankungen führen uns anhand der Einzelschicksale der Menschen immer wieder vor Augen, daß die Sterbebegleitung in unserem heutigen Klinik- und Gesundheitssystem mehr als unterentwickelt ist. Wir haben mit diesem Haushalt auch einen Einstieg dafür gefunden, daß sich das in den nächsten Jahren ändert.

Im Land Nordrhein-Westfalen kann nach einer jahrelangen verfehlten Drogen- und Süchtpolitik des Bundes nicht aus Mitteln des Landes gegensteuert werden. Das ist klar.

Solange die Erkenntnis, daß Sucht ihre individuelle Geschichte hat und individuelle Hilfen notwendig macht, daß Süchtige nicht Täter, sondern Opfer der Drogenpolitik sind, nicht Platz greift, so lange kann Drogen- und Suchthilfe in der Landespolitik selbstverständlich nur versuchen, die Symptome abzumildern. Das werden wir auch tun. (D)

Solange nicht die bundesgesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, um Drogenkonsumenten zu entkriminalisieren und damit die Voraussetzungen zu schaffen, daß sie mit ihren Suchtproblemen außerhalb der Illegalität fertig werden können, sind unsere Handlungsmöglichkeiten ein Tropfen auf den heißen Stein.

Es ist trotzdem ein besonderer Erfolg, daß infolge unserer Anträge die Drogen- und Suchthilfe im Land Nordrhein-Westfalen erheblich erweitert und aufgestockt wird. Hiermit wird ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Drogenprobleme in diesem Land geleistet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen neue Wege gehen. Dazu gehört auch, im Rahmen von Modellversuchen auszuloten, wie Menschen, die heutzutage unter gefährlichen Bedingungen ihren illegalen Stoff konsumieren müs-

(Appel [GRÜNE])

(A) sen und dabei täglich in Todesgefahr schweben, davor geschützt werden können, sich in die Gefahr zu begeben, sich den "goldenen Schuß" zu setzen und ihr Leben aufgrund ihrer Sucht zu beenden. Dazu müssen wir einen Beitrag leisten.

Es ist bedauerlich, daß die Bundesregierung nach 15 Jahren Drogendiskussion in dieser Hinsicht nichts anderes zu bieten hat, als zu versuchen, Nachbarländern wie den Niederlanden, die bisher eine liberalere Drogen- und Suchtpolitik betrieben haben und damit gute Erfolge hatten, ihre polizeiliche Betrachtungsweise des Drogenproblems aufzuoktrozieren. Da werden wir in Nordrhein-Westfalen nicht mitmachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kinder- und Jugendpolitik der Landesregierung steht im Zeichen der Umsetzung des Rechts auf einen Kindergartenplatz. Nachdem im Bundestag ein Aufschub per Gesetz zum 1. Januar 1999 beschlossen worden ist, kam in Nordrhein-Westfalen eine Stichtagsregelung. Damit sind wir von der Umsetzung des Rechtsanspruchs immer noch ein ganzes Stück entfernt. Aber die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die zum Teil rückständig sind, haben eine gewisse Gnadenfrist.

(B) Um aber dem Ziel näherzukommen, fördert das Land sogenannte qualitative Angebote bei der Überbrückung, insbesondere der Tagespflege, und Kindertagesstätten in landeseigenen Einrichtungen. Wichtige Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik bleibt es, die Novelle zum Jugendförderungsgesetz, deren Eckpunkte in den letzten Tagen vorgestellt worden sind, umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rechte von Jugendlichen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten nicht nur daran gemessen werden, wie sie in die Lage versetzt werden, ihr Taschengeld auszugeben, sondern auch daran, wie sie ihren Jugendfreizeitbereich selbstbestimmt gestalten können. Das hat ebenfalls etwas mit Bürgerrechtspolitik zu tun.

Zur Stärkung der Rechte von Minderheiten hat die Koalition vereinbart, ein Schwulen- und Lesbenreferat bei der Landesregierung einzurichten. Herr Linssen hat sich in seiner Rede in üblicher Weise darüber hergemacht. Herr Linssen, ich kann Ihnen nur sagen: Sparen Sie sich Ihre billige Polemik. Es ist nicht lange her, daß in der CDU Nordrhein-Westfalen ein Kommunalkandidat so diskriminiert

worden ist, daß er Schwierigkeiten hatte zu kandidieren, weil bekannt wurde, daß er schwul war. (C)

(Regina van Dinther [CDU]: Hör' doch auf!)

Deswegen sagen wir: Gleichgeschlechtliche Lebensweisen gehören zu unserem Alltag, zur Normalität. Sie werden in unserer Gesellschaft vielfältig diskriminiert. Diese Diskriminierungen abzubauen, eine aktive Antidiskriminierungspolitik voranzutreiben und damit für gleichgeschlechtliche Menschen und Partnerschaften gleiche Bürgerrechte zu verwirklichen, ist und bleibt Ziel dieser Landesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen Sie doch nach Berlin: Da regiert Schwarz-Rot. Dort gibt es bereits ein solches Referat. Ich weiß gar nicht, wie Sie dazu kommen, hier darüber herzuziehen. Ich glaube, das hat damit zu tun, daß Sie Ihr Verhältnis zur Oppositionsrolle bis heute nicht geklärt haben.

Die Rechtspolitik dieser Landesregierung bedeutet eine Wende und völlige Abkehr vom bisherigen Stillstand früherer Jahre. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß es unter Rot-Grün gelungen ist, ...

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Kollege Appel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Klose? (D)

Roland Appel (GRÜNE): Ich würde den Satz gerne zu Ende führen. ... an die Erfolge der liberalen Justizpolitik des ehemaligen Justizministers Josef Neuberger und seines Staatssekretärs Prof. Dr. Ulrich Klug anzuknüpfen. Ich beglückwünsche den Justizminister des Landes hierzu. - Bitte schön, Herr Dr. Klose.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU): Herr Kollege Appel, ich komme auf Ihre Bemerkung zurück, daß ein Homosexueller, der Kandidat für einen Rat werden sollte, in der CDU diskriminiert worden sei. Wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß alle CDU-Vorstände - der Landesvorstand, der Kreisvorstand, der Stadtverbandsvorstand - sich vor diesen Kandidaten gestellt haben und er tatsächlich auch aufgestellt und gewählt worden ist?

(Regina van Dinther [CDU]: Richtig!)



(A) **Roland Appel (GRÜNE):** Ich nehme das zur Kenntnis, Herr Dr. Klose. Ich weiß auch, daß dies besonders Ihrem persönlichen Einsatz in diesem Fall zu verdanken ist. Ich begrüße das außerordentlich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linsen [CDU]: Dann wußten Sie es ja!)

Wir haben bereits im ersten Jahr die Konzepte zur Haftvermeidung deutlich erweitert. Der Täter-Opfer-Ausgleich, eine besonders geeignete Sanktionsform, um zum einen Haft zu vermeiden und zum anderen den Schaden beim Opfer wieder gutzumachen, erhält in Nordrhein-Westfalen eine deutliche Stärkung und kann nun erstmals auch für Erwachsene angewendet werden.

Gemeinnützige Arbeit statt Haft wollen wir als besonderes Mittel der Resozialisierung zur Verfügung stellen, und die Beratung Straftatlassener ist eine wichtige Voraussetzung, um Menschen nach Verbüßung ihrer Strafe die Rückkehr in ein Leben ohne Straftaten zu ermöglichen. Wir werden diese Schritte wesentlich erweitern.

Die Modernisierung der Justiz und damit die Verkürzung der Verfahrensdauern wird diese Koalition durch die Unterstützung von EDV im Justizbereich vorantreiben. Wir werden nicht weiter Bürgerrechte abbauen, sondern wir sehen die Beschleunigung von Gerichtsverfahren als technisches Problem, das zu lösen ist, aber nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Philosoph Seneca hat bereits um das Jahr 200 nach Christus gesagt, man strafe nicht, weil gefehlt wurde, sondern damit nicht mehr gefehlt werde. In diesem Satz liegt Weisheit. Diese Weisheit muß uns dazu bringen, dem Problem der Wiedereingliederung auch problematischer Täter und Täterinnen in diese Gesellschaft vermehrte Priorität zuzumessen. Dabei muß sich der Strafvollzug darauf einstellen, neue Personengruppen, wie zum Beispiel ausländische Straftäter, auch resozialisieren zu können. Darin liegt eine der größten Herausforderungen einer liberalen Justizpolitik in den nächsten Jahren. Nicht aber bedarf es Ihrer platten Aufforderung zur Abschiebung, Herr Linsen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Durchsetzung von Bürger- und Bürgerinnenrechten und die Verwirklichung des liberalen Rechtsstaates sind Kernpunkte der Innenpolitik

dieser Koalition. Wir haben in den Haushaltsberatungen eine Stärkung der Landesdatenschutzbeauftragten vereinbart. Als ersten datenschutzrechtlichen Fortschritt wird die Landesregierung in nächster Zeit den Entwurf eines neuen Meldegesetzes vorlegen, der in wesentlichen Teilen die Bürger- und Bürgerinnenrechte stärkt und den Datenschutz für Bürgerinnen und Bürger verbessert.

Die Politik der öffentlichen Sicherheit findet im Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes ihren Niederschlag, der neben anderem ein Diskriminierungsverbot aufgrund der Herkunft, Hautfarbe, Religion, der sexuellen Orientierung oder des Geschlechts vorsieht. Die Bundesrepublik Deutschland hat zahlreiche Konventionen gegen Rassismus und Diskriminierung unterzeichnet. Mit dem Polizeigesetz und dem Landesbeamtengesetz Nordrhein-Westfalen geht unsere Polizei und geht unsere Beamenschaft in diesem Bereich voran. Das ist ein gutes Beispiel, das sich bundesweit nicht zu verstecken braucht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dank der Regierungsbeteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird sich auch auf Bundesebene die Innenpolitik der Landesregierung ein Stückchen in Richtung Liberalität auswirken. Mit uns wird es keine Änderung des Artikels 13 Grundgesetz zur Einführung des großen Lauschangriffes geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, daß an dieser Stelle ein Wort zu den Ausschreitungen am Rande der Demonstrationen des vergangenen Wochenendes notwendig ist. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht in den gewaltsamen Auseinandersetzungen von kurdischen Demonstranten der PKK eine gefährliche Eskalation. Die PKK hat mit ihrer Gewaltstrategie der Sache des kurdischen Volkes geschadet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Polizistinnen und Polizisten, die sich trotz tages- und nächtelanger Inanspruchnahme umsichtig und deeskalierend verhalten haben, gebührt unser ausdrücklicher Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den bei diesen mit ungewohnter Brutalität vollführten Auseinandersetzungen verletzten Beamtinnen und Beamten dient darüber hinaus unser Mitgefühl; und ich füge hinzu: Ich habe den Eindruck, daß zum wiederholten Male die Polizei - sei

(C)

(D)

(Appel [GRÜNE])

- (A) es nun die nordrhein-westfälische oder die anderswo - als Prügelknabe für politische Versäumnisse herhalten mußte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist für uns völlig klar: Straftaten müssen nach den geltenden Gesetzen konsequent verfolgt werden. Aber populistischen Forderungen nach schneller Abschiebung, nach weiterer Verschärfung des Demonstrations- oder Ausländerrechts treten wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit aller Entschiedenheit entgegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen eine wichtige Ursache für die Eskalation auch im PKK-Verbot, das die Polizei in solchen Situationen zwingt, gegen jede Demonstration, bei der auch nur ein verbotenes Symbol gezeigt wird, einzuschreiten. Darüber hinaus befürchten wir, daß weiterhin viele Kurdinnen und Kurden durch die Verbotspolitik in die falsche Solidarität mit der PKK getrieben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Wir meinen, daß eine Lösung des Kurdistanproblems nur durch außenpolitischen Druck auf die Türkei möglich wird. Denn erst freie Wahlen in Kurdistan sind geeignet - sie sind wirklich das geeignete Instrument! -, der PKK endlich den politischen Boden zu entziehen und den demokratischen Kräften und Parteien in Kurdistan den Rücken zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von Ihnen, Herr Linssen, habe ich leider nichts an die Adresse von Herrn Kinkel und seiner Außenpolitik gehört.

Ich habe bei aller Verurteilung der Straftäter und der Straftaten, die hier in den letzten Tagen stattgefunden haben und die wir nicht hinnehmen können, eine Sorge - als Beobachter der Demonstration in Bonn am 9. März 1996 möchte ich diese Sorge aus dem Geschehen heraus mitteilen -: Für viele kundige Beobachter war erkenntlich, daß eine Vielzahl von jungen kurdischen Frauen und Mädchen im Alter von vierzehn bis sechzehn Jahren teilgenommen haben. Es handelte sich wohl überwiegend um Jugendliche der zweiten und dritten Einwanderergeneration. Es handelt sich um Menschen, die hier in diesem Land geboren sind und bei denen ganz aktuell die Frage ansteht, ob sie sich für unsere Gesellschaft entscheiden, ob wir sie in unsere Gesellschaft integrieren können, ob sie sich hier in diesem Land angenommen füh-

len oder ob wir sie auch durch Ausgrenzung und Versagung von Bürgerrechten in die Arme von Radikalen treiben. Das gilt für Kurdinnen und Kurden bezüglich der PKK ebenso wie für junge Türken und Türkinnen gegenüber rechtsextremen Organisationen, gegenüber Fundamentalisten oder Grauen Wölfen. (C)

In der Bundesrepublik Deutschland müssen wir deshalb intensiv darüber nachdenken, welche Maßnahmen wir ergreifen, um diese Menschen zurückzuholen, damit sie sich für unser Gemeinwesen, für unsere demokratischen Spielregeln, für unsere demokratischen Rechte entscheiden. Ein wichtiger Beitrag dazu ist, daß man ihnen mehr demokratische Rechte gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt sicher nicht nur für Menschen, die aus der Türkei eingewandert sind, sondern es gilt für alle.

Seit dem 30. Januar 1996 arbeitet in unserem Land die Härtefallkommission für ausländer- und asylrechtliche Probleme. Ihr gehören Bürgerrechtsorganisationen aller politischen Spektren in der Ausländerinnen- und Ausländerarbeit an. Auch wenn Sie von der CDU diese Härtefallkommission zu diffamieren versuchen, wird die Koalition dieses sinnvolle Instrument nicht preisgeben, das geeignet ist, den Ausländerbehörden in vielen Fällen Hinweise zu liefern, wie sie ihren Ermessensspielraum ausnutzen können. (D)

Damit werden unmenschliche Härten bei der Abschiebung verhindert und wird der Petitionsausschuß des Landtags entlastet. Ich füge hinzu: Das Gewähren von Bürgerrechten und von Schutz ist nicht eine Großzügigkeit, sondern das ist unsere Verpflichtung. Danach sind wir nach Artikel 1 und Artikel 2 unseres Grundgesetzes nach wie vor gefragt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die rot-grüne Koalition hat auch im Ausländerrecht versucht, durch die Einrichtung des Migrationsausschusses im Landtag, durch eine aktive Antidiskriminierungspolitik wichtige Schritte für die hier lebenden Eingewanderten zu tun. Es ist ein Markenzeichen dieser Koalition, daß sich in diesem Bereich etwas tut: daß wir ein Migrationsinstitut einrichten, daß wir ein Migrationsreferat schaffen, daß wir uns den spezifischen Problemen der hier alt gewordenen Eingewanderten in der Altenarbeit, in der Altenhilfe widmen werden, daß wir uns auch den jungen ausländischen Bürge-

(Appel [GRÜNE])

- (A) rinnen und Bürgern dieses Landes anders zuwenden wollen. Dies ist ein Gewinn an Qualität in diesem Lande. Wir stehen hierzu. Wir sehen darin einen wichtigen Schritt, Minderheiten zu stärken und die Bürgerrechte zu sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsinstitut in Essen - daran möchte ich an dieser Stelle erinnern - geht davon aus, daß wir bei unserer heutigen demographischen Entwicklung, bei dem drastischen Geburtenrückgang in der Bundesrepublik jährlich zwischen 200 000 und 500 000 Einwanderinnen und Einwanderer brauchen, um unsere sozialen Sicherungssysteme und unser Rentensystem weiterführen zu können.

Ich denke, in der derzeitigen Diskussion müssen wir uns das wieder ins Gedächtnis rufen: Einwanderung ist dringend notwendig zur Stabilisierung unseres Wirtschaftssystems und unserer sozialen Sicherungssysteme. Kein Einwanderer nimmt Deutschen einen Arbeitsplatz weg. Wer in diesen Tagen angesichts des immer noch latenten, ja, manchmal sogar wieder aufflackernden Rassismus Vorurteile in die falsche Richtung schürt, der spielt ein gefährliches Spiel.

- (B) Ich zitiere an dieser Stelle mit Erlaubnis der Präsidentin die Leserbriefseite der "Kölnischen Rundschau" vom 15. März 1996; dort heißt es unter der Überschrift "Ungehemmter Zustrom nicht verkraftbar" unter anderem:

"Der massive Zuzug von Aussiedlern, die in Wirklichkeit fast alles Russen sind, muß dringend gestoppt werden. Sie kommen weiterhin in Scharen, und Steuermillionen werden zweimal verpulvert, einmal in Rußland, einmal hier. Zuzugsstopp auf jeden Fall, aber sofort!"

Oder:

"Ich bin dafür: alle Aussiedler raus! Auch Herrn Waffenschmidt sollte man in die Wüste schicken."

Oder:

"Wir Rentner zittern täglich um unsere bescheidene Rente, für die wir gearbeitet haben, und Fremde kassieren davon mit ab."

Und:

"Das Boot ist voll. Ich verstehe nicht, wie ein Politiker diese Katastrophe noch fördert."

Und so weiter, und so weiter.

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist kurz davor! Wieder einmal wird mit schnellen Worten etwas geweckt, was offensichtlich in vielen Menschen in diesem Lande steckt, und zwar insbesondere dann, wenn die Entwicklung krisenhaft ist. Fremdenfeindlichkeit und soziale Krise liegen nahe beieinander. Wir sollten uns deswegen vor allem hüten, was in der sozialen Krise in diese Richtungen Ängste und Emotionen schüren könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir verkennen nicht, daß in dem einen oder anderen Fall aufgrund der Streichung von Bundesmitteln derzeit Eingliederungsmaßnahmen nicht so stattfinden beziehungsweise ganz wegfallen, die wir uns besser und intensiver wünschen würden. Das darf aber nicht dazu führen, daß man die Menschen zu Sündenböcken macht, die leidvoll erfahrene eigene Geschichte mitbringen. Wie viele Menschen, die in Rußland gelitten haben, wie viele jüdische Emigranten aus Rußland, die jahrelang in der Sowjetunion diskriminiert worden sind, sind froh, daß sie endlich in unserem Land in Ruhe und Frieden und mit Bürgerrechten leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch in der Frauenpolitik setzt dieser Haushalt neue deutliche Akzente. Ich habe hier schon einige Beispiele genannt. Wir haben umfangreiche Maßnahmen zur Frauenförderung im Beruf, in Handwerk und Gewerbe, bei der Existenzgründung und in der Berufsberatung vereinbart. Wir haben erreicht, daß der Etat des Gleichstellungsministeriums im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 79 % angewachsen ist. Das ist ein deutliches Plus für die Frauenpolitik durch Rot-Grün.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden Maßnahmen im Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen verstärken. Wir werden Frauenhandelsopfern helfen, und wir wollen Prostituierten Ausstiegsmöglichkeiten aus ihren Abhängigkeitsverhältnissen in sozial geschütztere Situationen anbieten. Wir wollen, daß ihre Tätigkeit als Beruf anerkannt wird. Wir wollen, daß Nachteile in der sozialen Absicherung und medizinischen Versorgung endlich beendet werden. Sich auch um diese Personengruppen zu kümmern, sie nicht durch den sozialen Rost fallen zu lassen, Herr Linssen, hat nichts mit Klientelpolitik zu tun. Das ist nichts anderes als Bürgerrechtspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Appel [GRÜNE])

- (A) Auch in der Bildungspolitik haben wir mit diesem Haushalt einiges erreicht. Nordrhein-Westfalen ist eines der wenigen Bundesländer, das mit den 940 befristeten Stellen dieser Legislaturperiode noch Lehrerarbeitsplätze schafft. Wir wissen und sind uns bewußt, daß dies bei weitem nicht ausreicht, um Unterrichtsausfall sowie Lehrer- und Lehrerinnenmangel zu beseitigen. Wir wehren uns aber gegen allzu platte Forderungen nach Erhöhung der Lehrerarbeitszeit oder der Stundendepute. Wenn wir mit der Misere des Lehrermangels fertig werden wollen, dann müssen wir alle Möglichkeiten und Modelle prüfen, die helfen, zusammen mit den Lehrern durch kluge Arbeitszeitmodelle die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen und vor allen Dingen die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer zu steigern. Vielleicht haben wir den Mut, wenigstens in diesem Teilbereich zu einem Ansatz eines Bündnisses für Arbeit auch im öffentlichen Dienst zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zum Schluß zusammenfassen:

Erstens. Dieser rot-grüne Haushalt ist solide. Die Finanzen des Landes sind in Ordnung.

(Lachen bei der CDU)

- (B) Die Koalition wird ---

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Ja, wenn Ihnen das nicht paßt: Schauen Sie sich doch einmal Herrn Waigel an, Herr Linssen!

Dieser rot-grüne Haushalt ist solide. Wir werden die Nettoneuverschuldung zurückführen.

Zweitens. Rot-Grün ist gut für Arbeitsplätze. Wir fördern zukunftssichere Arbeit und bringen Menschen, die langzeitarbeitslos sind, zurück ins Beschäftigungssystem.

Dieser Haushalt ist gut für die Wirtschaft und gut für die Umwelt. Wir fördern erneuerbare Energien, wir leiten eine Wende im Güterverkehr von der Straße auf die Schiene ein.

Drittens. Rot-Grün bringt die Frauenpolitik nach vorn. Wir erschließen neue Berufsfelder, wir stärken die Beratung und damit die Chancengleichheit in Beruf und Gesellschaft.

Viertens. Rot-Grün ist gut für die Bürgerrechte. Wir stärken die Stellung von Minderheiten. Wir schützen sie vor Gewalt. Wir betreiben eine aktive Antidiskriminierungspolitik.

Fünftens. Rot-Grün ist gut für die Eingewanderten. Rot-Grün macht Schluß mit der Lebenslüge, daß die Menschen, die seit Jahren in unserem Lande leben und alle sozialen Pflichten erfüllen, immer noch Menschen zweiter Klasse sind. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Verbesserung ihrer Rechte, gemeinsam für die erleichterte Einbürgerung und für die doppelte Staatsbürgerschaft ein, und ich danke diesem Ministerpräsidenten dafür, daß er dieses Ziel in seiner Regierungserklärung auch zu seiner ganz persönlichen Aufgabe gemacht hat.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sechstens. Rot-Grün ist gut für die Demokratie. Nach langer Zeit hat dieses Bundesland den Weg zu einer liberalen Justiz und Innenpolitik zurückgefunden. Wir gehen neue Wege bei der Resozialisierung und Haftvermeidung. Nordrhein-Westfalen wird nicht mehr dabei sein, wenn an Grund- und Freiheitsrechten im Grundgesetz, wie zum Beispiel beim Lauschangriff, gesägt wird.

Rot-Grün, meine Damen und Herren, ist gut für dieses Land. Ich sage das ganz besonders an Ihre Adresse, Herr Linssen, der Sie sich ja immer gern für eine schwarz-rote Koalition andienen. Ich sage das auch all denjenigen, die meinen, große Koalitionen wären eine Lösung bei sozialen Krisen. Große Koalitionen, so sage ich Ihnen dagegen, wären schlecht für dieses Land und auch für andere Länder. Große Koalitionen kosten Geld, sie kosten Bürgerrechte. Denken Sie nur an die Notstandsgesetze von 1966 und 1969! Sie kosten Posten in erheblichem Umfang. Das muß alles finanziert werden, und wir meinen, das sei zu teuer für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle Bundesländer, in denen große Koalitionen existieren, können ein Lied davon singen.

Berlin mit 32 Milliarden DM Schulden ist am Ende - große Koalition!

(Lachen bei der CDU)

Baden-Württemberg hat in den letzten zwei Jahren den höchsten Arbeitsplatzabbau seiner Geschichte erlebt. 220 000 industrielle Arbeitsplätze, Herr Linssen, sind weggefallen. Dort regieren Sie seit 40 Jahren, derzeit in großer Koalition!

Thüringen auf Platz 3 der Arbeitslosigkeit mit 15 % - große Koalition!

(C)

(D)

(Appel [GRÜNE])

(A) Bremen erlebt die größte Wertekrise seit seinem Bestehen. Platz 1 der Arbeitslosenquote im Westen; - große Koalition!

(Lachen und Zurufe bei der CDU)

Sehen Sie, Herr Linssen, das zeigt, daß das, was Sie hier möchten, für dieses Land gar nicht funktionieren kann. Sie mit Ihrer Taktik, sich der SPD anzudienen, würden dieses Land in ein großes Unglück stürzen, und davor stehen zum Glück BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Sozialdemokratische Partei gemeinsam.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dagegen belegt Hessen Platz 1 bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, Platz 1 beim Einzahlen in Bund-Länder-Finanzausgleich.

Dieser Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen ist der Beweis dafür, daß auch wir in diesem Lande von Rot-Grün profitieren. Wir werden mit dieser Landesregierung das Land nach vorn bringen, und dazu gibt es keine Alternative.

Am 14. Mai 1995 haben die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen entschieden, daß sie Rot-Grün wollen. Das war kein Betriebsunfall, sondern war die Konsequenz daraus, daß immer mehr Menschen erkennen, daß Umweltzerstörung und Ressourcenverschwendung, daß Umverteilung von unten nach oben und ein immer stärker werdender Abbau von Bürgerrechten der falsche Kurs für dieses Land sind.

(B) Auch wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen gerade nicht - da bin ich mir ja mit Matthiesen einig, Herr Linssen - das große Wort vom Bündnis oder von historischer Zusammenarbeit gebrauchen ---

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sehr gut! Bescheidenheit ist eine Sache!)

Wir werden zusammenzählen, und am Ende werden wir es unter Beweis stellen: Es gibt eine Alternative zur Ellenbogengesellschaft von Helmut Kohl, und dies zählt auch über die Grenzen dieses Bundeslandes hinaus.

Viele Menschen in diesem Land, auch viele Sozialdemokraten, haben nach dem 14. Mai 1995 Hoffnung geschöpft. Wir wollen diese Hoffnung nicht enttäuschen. Wir werden an der Reformperspektive für Nordrhein-Westfalen festhalten, und

wir werden alle Kraft daransetzen, sie zu verwirklichen. - Vielen Dank. (C)

(Lebhafter Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Ich erteile für die Landesregierung Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

**Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der erste Haushalt, der von einer Landesregierung vorgelegt wird, die aus Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besteht - das ist eine wichtige Stunde im Lande, das ist eine wichtige Stunde für diesen Landtag.

Ich glaube, wir legen einen guten Haushalt vor, der unser Land nach vorn bringt, der die Akzente richtig setzt.

(Zuruf von der CDU: Die Frage ist, wo vorn ist! - Heiterkeit - Zurufe von der SPD)

- Egal, wo vorn ist. Ich komme gleich noch darauf.

(Heinz Hardt [CDU]: Hinten kann auch vorn sein.)

(D)

- Ich komme noch darauf.

Er bringt das Land nach vorn, und er macht den Gleichklang deutlich, den wir brauchen: Wir brauchen ökonomische Erneuerung, wir brauchen ökologische Erneuerung, und wir brauchen soziale Kompetenz. Diese drei Dinge gehören zusammen. Sie müssen zusammenbleiben.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe die Reden mit großem Interesse gehört. Ich kann gut nachvollziehen, Herr Dr. Linssen, daß Sie in den letzten Wochen voll beschäftigt waren mit dem Sammeln von Zitaten.

(Heiterkeit)

Und ich gebe zu: Wir haben Ihnen Gelegenheit zu Überstunden gegeben.

Nicht alle Zitate, die Sie gebracht haben, gehörten in den Zusammenhang, in dem sie standen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was? - Heinz Hardt [CDU]: Aber alle zusammen!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Aber unabhängig davon dürfen wir uns ja auch mit Ihren Zitaten ein wenig beschäftigen.

Da meine ich schon, es wäre gut gewesen, wenn dies die Stunde der sachlichen Argumente gewesen wäre

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Richtig!)

und nicht der Polemik.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: War sie auch!)

- Da habe ich zuwenig gehört. Aber ich gebe Ihnen zu, meine Damen und Herren - dafür gibt es noch andere Zeugen -: Es ist leichter, eine Regierung zu führen, die auf einer Mehrheit beruht, als eine Koalitionsregierung.

(Heinz Hardt [CDU]: Das können Sie wohl jetzt sagen! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben Sie jetzt leidvoll erfahren!)

- Das habe ich immer so gesagt.

(Zurufe von der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Das weiß der Kohl aber auch!)

Denn das Problem einer Koalitionsregierung, gleichgültig, wie sie zusammengesetzt ist, besteht darin, daß sich Menschen zu fairer Partnerschaft verabreden, diese faire Partnerschaft täglich beweisen müssen und dennoch Konkurrenten bleiben. Das ist das Problem.

(B)

(Heinz Hardt [CDU]: Das ist überall so!)

Aber das ist das Problem in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und in anderen Ländern.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aber da hört man nicht so ein Theater! - Heinz Hardt [CDU]: Das ist nicht so menschenverachtend! - Gegenrufe von der SPD)

- Herr Kollege Linssen, bis wir das Maß an Streit in der Koalition geschafft haben, das Kohl und Kinkel uns in den letzten Jahren vorgeführt haben, haben wir aber noch allerhand zu tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch von der CDU)

Sie haben sich für eine Mischung aus schwerem Geschütz und unüberhörbarem Werben gegenüber den Sozialdemokraten entschieden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was?)

Ich räume ein: Wir hätten in den vergangenen Wochen mehr öffentliche Aufmerksamkeit mit unserer sachlichen Arbeit finden können und finden müssen. Deshalb halte ich es für ein positives Signal, daß sich am Wochenende der Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klar und deutlich für die Koalition und dafür entschieden hat, die Politik dieser Landesregierung auch in Zukunft zu unterstützen.

(C)

Jede politische Partei muß sich zwischen verschiedenen Möglichkeiten und Optionen entscheiden. Ich sage - und Sie wissen von der gewissenhaften Prüfung, die ich da vorgenommen habe, auch bevor ich das Amt übernahm -: Ich will den Erfolg dieser Koalition, weil ich im Interesse des Landes keine bessere Alternative erkennen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Streit gehört zur Politik - Streit um die besseren Konzepte, Streit um die besseren Zukunftsentwürfe. Was ich nicht will, was unser Land nicht brauchen kann, ist Streit um des Streites willen.

Zu den interessantesten Erfahrungen der letzten Wochen gehört für mich, daß sich die Opposition nicht entscheiden kann. Ich habe einen vielstimmigen Chor gehört: lockende Sirenentöne gegenüber der SPD mit dem Hinweis, man könne sich auf den meisten politischen Feldern ganz schnell einigen; heute die harsche Ablehnung des Landeshaushalts. Dem kleinen Koalitionspartner hat die CDU zuerst vorgeworfen, er liege in der Sache falsch und sei nicht regierungsfähig, dann hieß es, er sei umgefallen. Was von beidem ist denn nun ernst gemeint?

(D)

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Da werden die unterschiedlichsten Positionen beschrieben. Wir haben es eben beim Flughafen Köln/Bonn noch einmal dargestellt bekommen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Bei Dortmund! Die anderen Positionen sind doch!)

- Ich denke nicht nur an Dortmund. Herr Dr. Linssen, ich denke auch an Essen/Mülheim, an den Flughafen dort, an die Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt Mülheim und an das, was in Mülheim und in Essen viele getan haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Ruth Hieronymi [CDU]: Und mit denen stellen Sie sich jetzt auf eine Stufe! - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Mir ist wichtig, daß wir uns weder in der Koalition noch hier im Parlament mit uns selbst beschäftigen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das habt ihr jetzt acht Monate getan!)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen müssen spüren, daß wir uns um das kümmern, was sie bewegt, und das ist in den beiden Reden, die wir soeben gehört haben, deutlich geworden - mit durchaus unterschiedlichen Akzenten. Das ist auch richtig so.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Das gehört nämlich zum Wesen einer Koalition. Wenn wir austauschbar und auswechselbar wären und alle die gleichen Akzente setzten, wäre das keine Koalition. Es ist eine Koalition, und ich sage ja zu unterschiedlichen Akzenten und dazu, daß wir immer wieder den Konsens miteinander suchen müssen. Ich füge hinzu, Herr Dr. Linssen - nachdem Sie mir aus einer etwas älteren Ausgabe des "Express" vorgelesen haben, ich solle endlich auf den Tisch hauen -:

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Eine ganz junge Ausgabe!)

(B) Ich werde nie auf den Tisch hauen, aber immer an den Tisch bitten, damit miteinander geredet wird und damit aus dem Konflikt Konsens entsteht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Und das Theater der letzten acht Monate kommt dabei heraus!)

Diesen Arbeitsstil halte ich seit vielen, vielen Jahren durch.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Alleine ging das, aber nicht so!)

- Herr Kollege Linssen, bei Ihnen fällt mir immer Schiller ein: "Fest gemauert in der Erden" - bei 37 %! Das bleibt so. Das bleibt so!

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Schiller hat diese Zahl nicht genannt, muß ich hinzufügen.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Der Entwurf der Landesregierung zeigt: Die Koalition ist handlungsfähig und kompromißfähig.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Heinz Hardt [CDU]: Handlungsfähig? Deshalb ist der Clement erst gar nicht gekommen!)

(C) Der Haushaltsentwurf macht deutlich: Wir halten Wort. Wir stehen zu dem, was im vergangenen Sommer vereinbart worden ist, und zu dem, was ich in der Regierungserklärung im September gesagt habe. Das kann jeder prüfen.

Entschuldigung, ich muß eben zwischendurch etwas sagen. - Herr Kollege Clement vertritt mich bei Terminen, weil ich bei der dritten Lesung hier sein muß. Ich sehe überhaupt keinen Anlaß, darüber Bemerkungen zu machen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es gibt Veranstaltungen, bei denen die Landesregierung vertreten sein muß. Da muß sie entscheiden, wer an welcher Stelle die Aufgaben wahrnimmt.

Sie finden im Haushalt die zentralen politischen Ziele der Koalition wieder: Arbeitslosigkeit bekämpfen, Voraussetzungen für neue Arbeit schaffen, ökologische Erneuerung vorantreiben, weil wir nicht länger Raubbau treiben dürfen.

Der Haushaltsentwurf zeigt auch, daß diese Koalition ihre soziale Verantwortung wahrnimmt. Sie weiß, es gibt einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Sicherheit und sozialem Frieden. Es gibt auch einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Sicherheit und wirtschaftlichem Erfolg, meine Damen und Herren. (D)

Der Haushaltsentwurf ist unter schwierigen finanziellen Bedingungen entstanden. Wir gehen nicht den Weg in zusätzliche Neuverschuldung und setzen die Politik der strikten Ausgabendisziplin fort. Ich würde Sie gern daran erinnern, meine Damen und Herren: Nordrhein-Westfalen hatte von 1981 bis 1995 im Jahresdurchschnitt die geringste Steigerung der Ausgaben aller alten Länder der Bundesrepublik.

Wir wollen die Neuverschuldung verringern und tun das mit minus 300 Millionen DM gegenüber 1995. Wir werden auch in diesem Jahr mehr als jedes andere Land für den Aufbau in den neuen Ländern zahlen, 4,5 Milliarden DM im Länderfinanzausgleich und für den Fonds Deutsche Einheit. Im vergangenen Jahr haben wir sogar 5,5 Milliarden DM aus unseren Kassen für die neuen Länder und für die deutsche Einheit gezahlt.

Da war ich schon erstaunt, als ich von Herrn Kollegen Reul las: In NRW wird immer nur geklickert und eingefordert, aber kein eigener Beitrag geleistet. - So hat er seine Forderung begründet, Nordrhein-Westfalen solle mit Landesgeld die Sen-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) kung des Solidarzuschlags bezahlen, die der Bund, ohne uns vorher zu fragen und ohne mit uns darüber zu reden, beschlossen hat. Das klingt wie von einem anderen Stern, aber es ist von Herbert Reul.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

5,5 Milliarden DM kein Betrag - darauf muß man erst einmal kommen.

Ich sage: Dieser Landeshaushalt ist ein wichtiger Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen für ein wirkliches Bündnis für Arbeit. Das gilt für das Investitionsprogramm Arbeit und Umwelt, mit dem wir insgesamt über 13 Milliarden DM in dieser Legislaturperiode bündeln. Das gilt für die stärkere Förderung moderner Technik in den Bereichen Telekommunikation, Verkehr und Energie. Wir fördern Forschung, Entwicklung und Markteinführung moderner Energietechnik in diesem Jahr mit 110 Millionen DM. Das ist mehr als anderthalbmal soviel wie 1995.

Mittelstand und Handwerk sind Motoren qualitativen Wachstums. Sie stellen zwei Drittel der Arbeitsplätze, 80 % der Ausbildungsplätze. Wir haben, historisch bedingt - darauf hat Herr Dr. Linsen vor kurzem hingewiesen -, Nachholbedarf bei den kleinen und mittleren Betrieben und im Handwerk. Deshalb 320 Millionen DM für die Gründung und Festigung junger Unternehmen, 80 Millionen DM mehr als im Vorjahr, und 30 Millionen DM für die schon zitierte Meistergründungsprämie.

(B) Die Förderung des Wohnungsbaus bleibt ein Schwerpunkt; wir stellen Mittel für mindestens 27 000 Wohnungen zur Verfügung.

(Minister Dr. Michael Vesper: 28 000!)

- "Mindestens 27 000" sind auch 28 000.

(Heiterkeit - Minister Dr. Michael Vesper: Ja!)

Wir verstärken schrittweise die ökologischen Anforderungen an den Wohnungsbau. Ab 1998 werden nur noch Wohnungen gefördert, die dem Niedrigenergiehausstandard entsprechen.

Meine Damen und Herren, ich sehe wichtige Akzente im Innovationsprogramm Forschung und darin, daß die Aufgaben der Stadtentwicklung und für die Kulturförderung zusätzlich gefördert werden.

Herr Kollege Appel hat soeben das Thema "Frauen und Beruf" angesprochen. Auch ich bin der

Meinung, daß hier zusätzliche Akzente gesetzt werden müssen, damit Frauen und Männer Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können. Ich will mich nicht mit einer Gesellschaft abfinden, in der sich der Wunsch nach Kindern und der Wunsch, berufstätig zu sein, immer noch ausschließen.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es ist das gute Recht der Opposition, und es ist auch das gute Recht vieler Interessengruppen, den Haushalt zu kritisieren. Ich weiß selber zu gut, und jeder von uns weiß, daß viel Wünschenswertes fehlt und manches Notwendige nicht möglich ist. Aber die Landesregierung zeigt mit diesem Haushalt Gestaltungswillen und Gestaltungskraft.

Wir haben die Schwerpunkte nur setzen können, weil wir kräftig umgeschichtet haben. Darum mußten wir das Bewilligungsvolumen bestehender Programme zunächst um 30 % kürzen. Das haben Sie kritisiert.

(Dr. Helmut Linsen [CDU]: Weil das überwiegend im Sozialbereich stattfindet!)

Aber man macht schon interessante Beobachtungen, vor allen Dingen, wenn man Lokalzeitungen liest. Die Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs - darüber werden wir gleich noch sprechen - ist ein Thema, das viele Gemüter bewegt hat. Es ging quer durch die Parteien, jeder hat vor allem an seine Stadt, an seine Gemeinde gedacht. Da lese ich im Lokalteil Leichlingen der "Rheinischen Post" vom 15. Februar, daß Herr Kollege Reul so zitiert wird:

(D)

"Wir haben noch keine Linie,

(Zuruf von der SPD: Haben die nie gehabt!)

aber wenn wir nichts Besseres finden, sollten wir lieber beim alten Finanzierungsmodell bleiben."

(Lachen bei der SPD)

Nun wird es viele nicht überraschen, daß Herr Reul etwas beim alten lassen will, weil er keine Linie hat,

(Erneut Lachen bei der SPD)

obwohl er sich in anderem Zusammenhang ja gern als Modernisierer sieht. Aber was mich stutzig macht, ist, daß Herr Reul etwas vorschlägt, was der Landtag selbst dann nicht beschließen könnte, wenn die Mehrheit es für richtig hielte; denn das Verfassungsgericht hat uns aufgegeben,



(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) die bisherigen Verteilungskriterien für die Schlüsselzuweisungen des Landes an die Gemeinden neu zu ordnen.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn wir alles beim alten ließen, wäre das Gemeindefinanzierungsgesetz verfassungswidrig. Das kann niemand wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darum sage ich schon jetzt - weil ich am Nachmittag nicht dabeisein kann -: Nach meiner Meinung ist der vorliegende Entwurf ein ausgewogener und fairer Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Ministerpräsident, wären Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Leifert zu beantworten?

**Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident:** Ja, sicher.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Bitte schön, Kollege Leifert.

(B)

**Albert Leifert (CDU):** Herr Ministerpräsident, können Sie mir bestätigen, daß in dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs, das Sie hier angesprochen haben, also in dem sogenannten Solingen-Urteil, der Urteilstenor wie folgt lautet - ich zitiere -:

"Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet."

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist aber nicht komplett!)

**Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident:** Man darf sich aber nicht nur den Tenor, sondern muß sich den Text des gesamten Urteils ansehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Ruth Hieronymi [CDU]: Machen Sie das immer so?)

Und dann komme ich jedenfalls zu dem Ergebnis, daß uns ein Entwurf vorliegt, der alle Elemente

aufnimmt, die das Ifo-Institut vorgeschlagen hat, und sie so gewichtet, daß ein vernünftiges Ganzes entsteht. (C)

Meine Damen und Herren, ich möchte bei relativ kurzer Redezeit gern noch auf einen Punkt eingehen, nämlich auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahlen, die wir gehört haben, sind bedrückend. Das darf aber nicht zu dem Fehlschluß führen, die großen Anstrengungen, die wir unternommen haben, seien vergeblich gewesen.

Im Gegenteil: Die Politik der ökonomischen und ökologischen Erneuerung hat Nordrhein-Westfalen vorangebracht, auch und gerade auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir stehen heute in vielem besser da als vor fünf oder zehn Jahren, auch im Vergleich der Länder. 1995 haben über 63 % aller Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen im Dienstleistungsbereich gearbeitet; 1974 waren es 47 %. Nicht nur prozentual hat die Bedeutung der Dienstleistungen zugenommen. Wir hatten im vergangenen Jahr fast 4,6 Millionen Beschäftigte im Dienstleistungsbereich, mehr als je zuvor.

Nun darf man keinen falschen Gegensatz zwischen Arbeitsplätzen in der Industrie und Arbeitsplätzen bei den Dienstleistungen aufbauen. Wir brauchen beides: eine leistungsfähige industrielle Basis und weiteren Zuwachs bei den Dienstleistungen. (D)

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist schlecht gewesen, aber sie war besser als in fast allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Bei uns sank die Zahl der Arbeitslosen im vergangenen Jahr im Schnitt um 0,7 %; im Durchschnitt der westlichen Länder stieg sie um 0,4 %. Bundesweit ist die Arbeitslosigkeit auch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres fast doppelt so stark gestiegen wie in Nordrhein-Westfalen. Es stimmt: Wir gehen von einem höheren Niveau aus. Aber es stimmt auch - und mir liegt daran, daß das einmal öffentlich bekannt wird -, daß der Abstand zum Durchschnitt der westlichen Länder heute geringer ist als vor einigen Jahren und auch geringer als vor einem Jahr. Ende der 80er Jahre lag der Anteil Nordrhein-Westfalens an der gesamten Arbeitslosigkeit noch bei fast 34 %; jetzt sind es 28,5 %.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Inzwischen ist doch der Osten hinzugekommen!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Ich halte das für eine Verbesserung, von der wir auch reden müssen, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie vergleichen doch Äpfel mit Birnen!)

Die Zahlen zeigen: Nordrhein-Westfalen hat seine Position nicht verschlechtert.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie erwecken aber den Eindruck der Verbesserung!)

- Nein, das habe ich auch nicht gesagt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das Ganze ist doch eine Milchmädchenrechnung!)

- Nein, das ist keine Milchmädchenrechnung, sondern ich nenne die Zahlen, weil es dem Land schadet, wenn unser Land aus Unkenntnis oder aus politischer Absicht heruntergemacht oder schlechtgeredet wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Linssen, wir haben ein positives Klima für Investitionen und für die Gründung neuer Unternehmen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das sieht man jeden Tag!)

(B)

Auch das zeigen die Zahlen des vergangenen Jahres: Im vergangenen Jahr sind in Nordrhein-Westfalen per Saldo rund 10 000 zusätzliche Unternehmen entstanden. Das ist ein Zuwachs von 2,3 % gegenüber dem Vorjahr. Damit liegen wir auf Platz zwei der westlichen Länder; nur Niedersachsen liegt einen Punkt besser. Ich bin froh darüber.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr Wirtschaftsminister beklagt doch jeden Tag den Mangel!)

- Natürlich muß da noch etwas drauf. Aber wenn wir auf Platz zwei der westlichen Länder sind, sind wir schon einmal besser, als wir waren. Darüber freue ich mich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Uns fehlen doch über 20 000 mittelständische Existenzen!)

Sie wissen doch so gut wie ich, Herr Kollege Linssen: Die Möglichkeiten eines Landes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind sehr begrenzt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Andere können es besser!)

Um so bedrückender ist es, daß die Länder in der Bundesregierung keinen handlungsfähigen Partner finden, der die Dinge gemeinsam mit ihnen voranbringt.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich kann verstehen, wenn es vielen schwerfällt, die Auseinandersetzung mit der Bonner Koalition ganz nüchtern mit Zahlen, Daten und Fakten zu führen. Ich hoffe, daß spätestens nach den drei Landtagswahlen am Sonntag die Mischung aus Lähmung und lärmender Geschäftigkeit in Bonn zu Ende ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir müssen wichtige Rahmenbedingungen ändern, wenn wir uns mit der steigenden Arbeitslosigkeit nicht abfinden und wenn wir die politische Stabilität unseres Landes nicht gefährden wollen.

Und wir müssen den Weg in den Lohnsteuerstaat stoppen. Es ist widersinnig und gegen die Erklärungen aller Parteien, wenn ausgerechnet die Früchte der Arbeit steuerlich am stärksten belastet werden. Das verhindert neue Arbeit und ist sozial ungerecht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was macht denn Lafontaine? Der arbeitet doch gegen Steuerentlastungen!)

(D)

Genau das aber hat die Bundesregierung geschafft. 1996 liegt die volkswirtschaftliche Steuerquote bei 23 %. Das ist insgesamt der niedrigste Wert seit 1966. Aber die Lohnsteuerzahler tragen einen immer größeren Anteil am gesamten Steueraufkommen. Inzwischen liegt der Lohnsteueranteil bei 34,4 %. Seit 1990 ist die Lohnsteuer um über die Hälfte, um 56 % gestiegen, und die Sozialabgaben haben mit dem 1. Januar dieses Jahres einen historischen Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir haben mehr abhängig Beschäftigte!)

Die Körperschaftsteuer, Herr Kollege Linssen, trägt nur noch mit 2,2 % und die veranlagte Einkommensteuer nur noch mit 1,7 % zu den öffentlichen Finanzen bei.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir haben ja auch zuwenig Selbständige, wie Herr Clement sagt!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) - Ja, richtig, deshalb bin ich auch froh darüber, daß wir da im letzten Jahr eine Steigerung um 2 % haben. Freuen Sie sich doch einmal darüber! Stellen Sie sich einmal vor, bei Ihnen gäbe es alle fünf Jahre eine Steigerung um 2 %!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann wären Sie schon im Jahre 2030 dran!

Alle sind sich einig darin: Die Einkommen aus Arbeit müssen steuerlich entlastet werden. Die Taten sehen anders aus. Die Bundesregierung will die Gewerbesteuer abschaffen und gleichzeitig die Vermögensteuer, die nur den Ländern zugute kommt. Ich kann das nicht verstehen, ich will das auch nicht verstehen, sondern ich will das ändern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Man kann in den Programmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lesen, daß Energie heute zu billig ist, daß sie teurer werden muß: zum Schutz der Umwelt, zur Förderung moderner, energiesparender Technologien. Das steht auch in Ihrem Programm. Deshalb schlägt die SPD seit langem vor, die Belastung des Faktors Arbeit mit Abgaben und Steuern zu verringern und im Gegenzug die Energienutzung stärker zu belasten.

(B) (Dr. Helmut Linssen [CDU]: Schröder und Clement sind doch dagegen!)

Es gibt solche Überlegungen in anderen Parteien auch. Das muß schrittweise geschehen, branchenorientiert, es darf nicht zu bruchartigen Entwicklungen führen. Aber was geschieht tatsächlich? Das genaue Gegenteil!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das Präsidium der SPD weiß selbst nicht, was er will!)

Zu Beginn des Jahres 1996 sind die Beiträge zur Rentenversicherung gestiegen, und der Strompreis ist durch den Wegfall des Kohlepfennigs gesunken. Das ist widersinnig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Bonner Koalition tut das Gegenteil dessen, was sie nach ihren Programmen selber für notwendig hält.

Auf dem Papier sind sich alle Parteien einig: Die Sozialversicherung muß von versicherungsfremden Leistungen befreit werden, damit neue Arbeitsplätze entstehen können. Also müßte die Bonner Koalition endlich dafür sorgen, daß Aufgaben der Allgemeinheit von allen Steuerzahlern

bezahlt werden und eben nicht nur von den Beitragszahlern. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland wichtiger als das ständige Klagen über die Unbezahlbarkeit des Sozialstaates.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Dafür wollen Schröder und Clement die Mehrwertsteuer erhöhen!)

- Nein, da haben Sie Clement wieder nicht genau zugehört. Dem muß man ganz sensibel zuhören.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich habe den entsprechenden Satz nicht nur gehört, sondern auch gelesen. Das war in der Sendung ZAK, die für uns beide abends eigentlich viel zu spät gesendet wird, Herr Linssen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Mit Sensibelchen muß man eben sensibel umgehen!)

- Das kann man wohl sagen. Es gibt auch Menschen, die nach dem Motto leben: Wenn ich schon einsam bin, dann will ich auch allein sein!

(Heiterkeit)

Ich habe vor einigen Tagen im "Handelsblatt" gelesen, eine Beitragssenkung um nur einen Prozentpunkt entspräche ungefähr den gesamten Körperschaftsteuerleistungen der deutschen Kapitalgesellschaften. - Meine Damen und Herren, wir müssen weg von einer Steuer- und Abgabepolitik, die dazu anreizt, Arbeitsplätze wegrationalisieren, aber keine Anreize gibt, sparsam mit Energie und Rohstoffen umzugehen. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir müssen Anreize dafür schaffen, daß Kilowattstunden-, der Benzinverbrauch und Raumheizungsbedarf wegrationalisiert werden. Das sind die Herausforderungen, vor denen wir alle stehen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß wir zu einer Neuordnung in der Förderpolitik auch gegenüber den Ländern und Gemeinden kommen. Es kann auf die Dauer nicht so sein, daß gleiche Sachverhalte je nach Geographie unterschiedlich gewichtet werden. Das sage ich auch in Richtung der Städte des Ruhrgebiets.

Wir sind bereit, auch regional ein Bündnis für Arbeit zu ermöglichen. Dazu haben wir bereits viele Gespräche mit Vertretern von Gewerkschaften und Unternehmensverbänden geführt. Das wer-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) den wir auch in Zukunft fortsetzen. In wenigen Wochen werden wir ein Papier zur Lage des Wirtschafts- und Industriestandortes Nordrhein-Westfalen vorlegen, zu dem alle Ressorts Beiträge geliefert haben. Dabei handelt es sich um eine nüchterne und differenzierte Analyse der wirtschaftlichen und der arbeitsmarktpolitischen Situation. Wir werden ein Bündel ganz praktischer, kleinerer und größerer Maßnahmen vorschlagen, die umzusetzen sind.

Und wir werden uns darum bemühen, noch stärker als bisher eine bessere Arbeitsteilung zwischen den Technologiezentren, zwischen Forschung, Technologie und Industrie zustande zu bringen. Wir wollen den Transfer von Forschungseinrichtungen aus den Hochschulen in die Industrie erleichtern.

Wir wollen der Verkehrstechnik noch mehr Chancen als bisher einräumen. Dafür haben wir verschiedene Ansätze in diesem Haushalt. Ich denke, wer sich das Land genau ansieht, der erkennt: Dieses Miteinander von Arbeit und Umwelt kann man täglich sehen, etwa bei der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park. Wir haben viel mehr zu bieten, als den meisten bewußt ist. Wir haben ein Handlungskonzept beschlossen.

(B) Ich bin sehr dankbar dafür, daß die Gewerkschaften drängen. Ich möchte Klaus Zwickel auch einmal öffentlich dafür danken, daß er den Stein ins Wasser geworfen hat, um das Bündnis für Arbeit voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen dieses Bündnis nur nicht zerreden. Die Gefahr, daß wir alle paar Monate zusammenkommen und Kommuniqués austauschen, ist immer noch zu groß.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Jetzt rettet ja wieder die Osterpause!)

- Die Osterpause rettet nicht. Ich finde es aber schon ganz sinnvoll, den Schlaf-Wach-Rhythmus wieder in Gang zu bringen und ins Gleichgewicht zu kommen. Man muß gelegentlich auch einmal Pause machen, vor allen Dingen, wenn man sich so abrackert, Herr Dr. Linssen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie wir.)

wie Sie das tun, um die CDU auf gleichem Niveau zu halten, und wie wir das tun, um die Koalitionsfraktionen nach vorne zu bringen. So ist das.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Haushalt ist solide. Die Landesregierung ist kompromißfähig und handlungsbereit. Die Koalitionsfraktionen haben es in den letzten Wochen nicht leicht gehabt und es sich nicht leichtgemacht. Manche Gewitter reinigen die Luft, und jetzt haben Sie, Herr Linssen, noch vier Jahre die Chance, Schadenfreude einzuüben. Aber die vier Jahre sollen Sie denn auch haben. - Herzlichen Dank.

(C)

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Wir haben zunächst über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 1996** abzustimmen, und zwar **entsprechend der Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 12/852**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt uns, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung anzunehmen. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - Das sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet**.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heinz Hardt [CDU]: Nur neun GRÜNE!)

Ich rufe dann die Abstimmung unter Nummer 2 auf, nämlich **Haushaltsgesetz 1996**, und zwar über den **Änderungsantrag Nr. 1** der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/840** - Einzelplan 04; Stellenplan im Justizvollzugsdienst. Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Heinz Hardt [CDU]: Der Busch verbiegt sich aber! - Dr. Manfred Busch [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

(Präsident Schmidt)

(A) Ich rufe dann die Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes und damit über den **Haushaltsplan 1996** auf. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung Drucksache 12/850**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung und mit den vom Ausschuß beschlossenen weiteren Änderungen anzunehmen. Hinzu kommen die mit dem soeben angenommenen Änderungsantrag Drucksache 12/840 beschlossenen Änderungen. Wer ist dafür?

(Heinz Hardt [CDU]: Mit 12 GRÜNEN!)

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet**.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir stimmen dann über die **Mittelfristige Finanzplanung bis 1999** ab.

(Zurufe von der CDU und Gegenrufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) Entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 12/851** bitte ich um **Kenntnisnahme**. - Ich stelle dies hiermit fest.

(Weitere Zurufe von der CDU und Gegenrufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stimmen dann ab über die **Entschließungsanträge**.

(Erneut Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zunächst über den Entschließungsantrag Nr. 1 der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/818** - Stichwort: Landeszentrum für Zuwanderung. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag Nr. 1 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **verabschiedet**.

Ich rufe dann den Entschließungsantrag Nr. 2 der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/820** - Stichwort: Gemeindefinanzierungsgesetz; Reform des kommunalen Finanzausgleiches - auf. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - SPD und GRÜNE. Wer ist

dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag Nr. 2 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**. (C)

Meine Damen und Herren, damit sind die **Beratungen zum Haushalt 1996 abgeschlossen** und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte überleiten zum Tagesordnungspunkt

## 2 Versorgungsleistungen drohen den Landeshaushalt zu sprengen - die Landesregierung muß tätig werden!

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/421

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 12/763

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Walsken das Wort. Bitte sehr. (D)

**Ernst-Martin Walsken (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der heftigen Auseinandersetzungen über den Haushalt, meiner nicht besonders guten Stimmlage heute und im Hinblick darauf, daß wir einen großen Teil dieses Antrags bereits im Zusammenhang mit den Stellenplänen beraten haben, kann ich es mir hier sehr kurz machen.

Ich bin froh, daß die CDU ein Signal gibt, sich an der Diskussion der Begrenzung der Pensionslasten zu beteiligen. Ich bin nicht froh, daß dies dadurch geschieht, daß sie die Verantwortung für die Beteiligung an dieser Diskussion auf die Landesregierung abwälzt und selbst nicht bereit ist, Farbe zu bekennen, wie sie denn eine Begrenzung der Pensionslasten in Zukunft gewährleistet wissen will.

Ich habe bereits in der Diskussion über die Stellenpläne ausgeführt, daß der eigentliche Adressat des Antrages die Bundesregierung ist; denn die Bundesregierung ist verantwortlich für das, was